

Unter anderem in dieser Ausgabe:

KAMPF UM DIE PLATTE: LINKE STRATEGIEN s. 3

PROZENTE: BERICHT VOM HESSEN-WAHLKAMPF s. 4

BRANDANSCHLAG: MDB-AUTO ABGEBRANNT s. 9

BUS & BAHN: LINKE VERHINDERT PREISANSTIEG s. 12

Veranstaltungstipp

Kreiswahlversammlung

Am 19. Januar kommen alle wahlberechtigten Mitglieder der Partei DIE LINKE, die ihren Hauptwohnsitz in Leipzig haben zusammen und wählen u. a. die Direktkandidat*innen für die Landtagswahl 2019. **Siehe letzte Seite**

Mitteilungsblatt

Ausgabe 11/2018

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



Am 9. November 2018 jährte sich die Reichspogromnacht zum 80. Mal, viele GenossInnen beteiligten sich beim Gedenken an den Stolpersteinen.

Bild: Kay Kamrath

Das Vergessen ist die Mutter der Verwahrlosung

Franz Sodann Die Erinnerungen müssen für die Zukunft wach gehalten werden

Bertolt Brecht sagte 1952 auf dem Völkerkongress für den Frieden:

„Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer. (...) Die weltweiten Schrecken der vierziger Jahre scheinen vergessen. Der Regen von gestern macht uns nicht nass, sagen viele.“

Und heute hören wir wieder Vokabeln wie: Lügenpresse, Systemparteien, Volksgemeinschaft, Entsiffung, Umvolkung, ausmisten: und das nicht nur von sogenannten besorgten Spaziergängern. Sie sind auch fest im Wortschatz parlamentarischer Parteien verankert.

Es ist aber nicht so, dass dieses selbsternannte Volk und seine Vertreter für Nächstenliebe, Humanität und Solidarität Transparente und Stimme erheben. Nein, sie marschieren und werben für das genaue Gegenteil, für Hass, Ausgrenzung, Menschenverachtung und Gewalt.

Der Geist ist wieder da, es ist nicht nur der Schoß, aus dem das kroch. Rassismus, Chauvinismus, Antisemitismus, Sexismus, Islamfeindlichkeit, Egoismus – alle möglichen

Ideologien zur Begründung sozialer Ungerechtigkeit und gesellschaftlicher Ausgrenzung haben Konjunktur und bleiben erschreckend oft un widersprochen, es wird wieder weggeschaut.

Die soziale Spaltung der Gesellschaft hat ein Ausmaß erreicht, in dem sich die Angst vor dem Abstieg, Anpassungsdruck und Ausgrenzungsbereitschaft erhöht. Wir erleben, dass Grundrechte immer weiter eingeschränkt werden.

All das ist auch Folge einer völlig fehlgeleiteten Gedenk- und Erinnerungspolitik und -kultur seit 27 Jahren in diesem Lande.

Wenn es der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten möglich ist, ihre Projektgelder zu 85 % für den Themenbereich SBZ/DDR und nur zu 15 % für die NS-Zeit auszureichen.

Wenn bis zum heutigen Tag sehr wenig an die 103 sogenannten frühen Konzentrationslager und an die 62 Außenlager in Sachsen erinnert.

Wenn seit 27 Jahren die Errichtung einer Gedenkstätte KZ Sachsenburg durch die Regierung und Stiftung mehr verhindert als befördert wurde.

Wenn man zulässt, dass laut einer repräsentativen Umfrage der Körber-Stiftung weniger als die Hälfte der 14 - 16jährigen Jugendlichen wissen, was Auschwitz-Birkenau war.

Wenn Regierungen nach der Wende, insbesondere auch hier in Sachsen, seit 27 Jahren

die Marker in der Erinnerungs- und Gedenkkultur falsch gesetzt haben. (...)

Alles, was uns heute noch an die Verbrechen, Opfer und Gräueltaten des Faschismus und des NS-Terrors erinnert, ist zu großen Teilen dem ehrenamtlichen Engagement von Vereinen und Verbänden zu verdanken.

Ich will mir gar nicht vorstellen, wie es ohne den VVN-BdA und viele andere in der Erinnerungslandschaft in Sachsen derzeit aussähe. Wahrscheinlich gäbe es noch mehr runde Ecken, wäre die Verschiebung des Erinnerens weiter in die Zeit nach '45 gerückt.

Und deshalb ist die Gründung der „Landesarbeitsgemeinschaft zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus“ so unheimlich wichtig. In einem Land mit einer Stiftung Sächsischer Gedenkstätten, welche statt selbst tätig zu werden, die zynische Ausrede benutzt, es gebe einfach zu wenig Initiativen und Anträge für die NS-Zeit, deswegen könne sie auch gar nicht mehr fördern.

Den Gegenbeweis zu erbringen, die Waage der Gedenk- und Erinnerungspolitik wieder in Gleichgewicht zu bringen, ist Aufgabe dieser Gemeinschaft und sie ist erfreulicherweise sehr breit aufgestellt und wird hoffentlich ein guter Partner für die LINKE sein.

Auch wir waren in den letzten Jahren im Landtag nicht ganz untätig und haben die Regierung und ihre Koalition mit der Thematik der Erinnerungs- und Gedenkkultur nicht in

Fortsetzung von Seite 1

Ruhe gelassen und auch einiges erreicht. Wir stellten Anträge zur Evaluation der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten, welche derzeit erfolgt, zur Errichtung einer Gedenkstätte KZ Sachsenburg, wo jetzt erstmals Gelder zum Aufbau eingeplant sind, für einen Gedenkort Burg Hohenstein, für Klassenfahrten zu Gedenkstätten, welche jetzt besser und hoffentlich auch einfacher gefördert werden sollen. Und nicht zuletzt stellten wir auch einen Antrag zur Einführung eines Gedenktages zum Tag der Befreiung - dem 8. Mai. Wo mir allerdings bei der Behandlung im Plenum, ob der ablehnenden Äußerungen seitens der Koalition fast der Kragen geplatzt wäre. Da mussten wir uns dann Aussagen anhören wie: „Wir haben ja mit dem 27. Januar schon einen Gedenktag, der 8. Mai wurde in der DDR instrumentalisiert und er führt auch zu einer Ver-

harmlosung der Singularität des Holocausts“. Und ich sage, dieser Krieg hat 50 - 60 Millionen Menschen das Leben gekostet und was, wenn nichts anderes, war dieser Tag als die Befreiung von Gewalt, Terror, Unmenschlichkeit, Hass, Verfolgung, Leid, unvorstellbaren Qualen. Wer das nicht sieht und diesem Tag die angemessene Würdigung verweigert, ist mit schuld an den heutigen politischen Zuständen.

Unsere Vorfahren sind verantwortlich für den Anfang und die Folgen des 2. Weltkrieges, nicht für das Ende. Wir sind verantwortlich dafür, dass es den Anfang und die Folgen eines neuen Krieges nie wieder geben kann. Darum müssen wir die Erinnerung an die Verbrechen der Vergangenheit wachhalten. Trotzten wir gemeinsam der Zeit. Denn: „Das Vergessen ist die Mutter der Verwahrlosung.“



Bild: Steffen Klötzer

① Der Text ist ein Auszug aus der Rede zu 25 Jahre Bund der Antifaschisten Leipzig am 27.10.2018, die komplette Rede unter www.franzsodann.de

LINDENOW im INTERIM

Mandy Gehrt Kunstfestival trifft Abgeordnetenbüro

„Common Ground“ war der Titel der Ausstellung mit Krakówer Künstler*innen, die während des 10-jährigen LINDENOW-Jubiläums am Wochenende vom 5.-7. Oktober im INTERIM gezeigt wurde. LINDENOW ist ein Kunstfestival der unabhängigen Kunsträume, das jedes Jahr im Oktober im Leipziger Westen stattfindet. Zur Vorbereitung besuchten die Organisatorinnen und Künstlerinnen Anna Schimkat, Marlet Heckhoff und Mandy zum Galeriewochenende „Krakers“ im April 2018 die Leipziger Partnerstadt Kraków und trafen vor Ort Künstler*innen und Organisator*innen von selbstorganisierten Kunsträumen. Dabei wurde schnell klar, dass die freie Kunstszene der Partnerstädte Krakau und Leipzig mit ähnlichen Verdrängungsentwicklungen zu kämpfen hat, die Mieten für Wohnraum oder Studios steigen schnell, bzw. wird in Kraków Wohnraum zunehmend in Airbnb-Wohnungen für Tourist*innen umgewandelt. Die Künstler*innen des Kraków Art House, die mit einer großen Ausstellung am Galerierundgang teilnahmen, haben knapp einen Monat später ihr Haus verloren, was nun möglicherweise in ein Hotel umgewandelt werden soll. Da sich das LINDENOW - Festival in 2018 ebenfalls den Entwicklungen im Stadtteil widmete, haben wir Künstler*innen des Kraków Art House eingeladen, um im INTERIM im Rahmen einer Aus-

stellung ihre Geschichte zu erzählen und mit uns darüber zu diskutieren. Uns interessierte dabei besonders, was passiert, wenn Räume für Kunst verschwinden und eine Gruppe ihr Haus und damit ihren Zusammenhang verliert. Und was tun die Kulturschaffenden in Kraków konkret, um mit der Situation umzugehen, bzw. um etwas in ihrer Stadt zu verändern? Die Performancekünstlerin Vala Tanz

hatte z. B. eine Kampagne gestartet, um als Bürgermeister*innenkandidatin gewählt zu werden und gibt daneben Healing-Concerts gegen Perspektivlosigkeit. In der Ausstellung und in ihren Installationen hat sie aus persönlichen Objekten intime Einblicke in ihr aktuelles Leben gegeben. Der Künstler Bartolomeo Koczenasz zeigte Collagen des Kraków Art House, in denen verschiedene zeitliche

Epochen verschmolzen. Während seines Aufenthalts in Leipzig reagierte er außerdem mit neuen Arbeiten im öffentlichen Raum auf Entwicklungen in Leipzig. Dazu entwickelte er ähnliche Collagen als Poster, die in der Odermannstraße und in der Josephstr. 7 zu sehen waren und zum Teil noch sind. Weiterhin wurde eine Multimediainstallation von Ulas Cibuk, und Mahir Duman und die Soundarbeit „walking poems“ von Sominika gezeigt. Dazu gesellten sich Fotocollagen von Jasmin Odermann und Anna Schimkat, die Veränderungen auf dem Lindenauer Markt zeigten. „Common Ground“ war eine gelungene Ausstellung und eine wunderbare Erfahrung für uns!

Die Collagen von Bartolomeo Koczenasz werden außerdem bis zum 1. Dezember in der Galerie archiv massiv in der Baumwollspinnerei im Rahmen der Ausstellung „Neue Perspektiven: Leipzig trifft Krakau“ gezeigt.



Linke Strategien beim Kampf um die Platte

Adam Bednarsky Manch einer, der am 18. Oktober den Weg in die Grünauer „Völkerfreundschaft“ gefunden hatte, mag sich zu Beginn der Veranstaltung im falschen Film gewähnt haben. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hatte zu Vortrag und Diskussion im Rahmen ihrer Reihe „Rosa L. in Grünau“ eingeladen. Das Thema „Wie holen wir uns die Platte zurück?“ versprach nicht nur Spannung, sondern ist spätestens seit den letzten Bundestagswahlen mit ihren verheerenden Erfolgen für die AfD vor allem in so genannten Großwohnsiedlungen (Plattenbaugebiete) eines, das die LINKE auf dem Schirm hat. Darüber hinaus bewegt es auch viele Grünauer, die sich nicht damit abfinden mögen, dass ihr Viertel immer wieder ins schlechte Licht gerückt wird, beziehungsweise sich tatsächlich negativ entwickelt. Dass sie an dem Abend dann mit allerlei linker Politik und Strategien in Berührung kommen, hatten sie zwar sicher so nicht erwartet, sie aber auch erfreulicherweise nicht zum Gehen animiert.

Ja, wie erobert man sich denn nun die Platte zurück? Als Referenten hatte sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung den Berliner Politikwissenschaftler Robert Maruschke eingeladen. Er beschäftigt sich seit über zehn Jahren erst aktivistisch und später wissenschaftlich mit dem Thema „Basisorganisation“ und ist darüber hinaus in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN im Bereich Kampagnen und Parteientwicklung tätig. Mit seinen einleitenden Worten, er habe sich bei der Ankunft in Grünau sofort heimisch gefühlt, weil er als Lichtenberger die besondere Atmosphäre solcher Gebiete sehr gut kenne, hatte er bei den Anwesenden gleich ein Stein im Brett. Denn die sind es eher gewohnt, dass ihr Stadtteil mindestens argwöhnisch wahrgenommen wird, inklusive der Bewohner. Diese Gering-schätzung der eigenen Lebensentwürfe und ja, oft auch –möglichkeiten, ist nicht neu und sie schmerzt. Seit der politischen Wende vor nunmehr beinahe 30 Jahren erfahren die Bewohner von Plattenbaugebieten im gesamten Osten Deutschlands eine Abwertung ihres Wohnumfeldes, in dem sie sich eigentlich immer ganz wohl gefühlt haben.

Es wirkt wie eine sich selbst erfüllende Pro-

pheseizung, wenn ein geschmähter Stadtteil sich im Laufe der Jahre tatsächlich negativ entwickelt. Verunsicherte Menschen, die es sich leisten können, verlassen die Gegend. Die Bewohnerstruktur verändert, entmischt sich. Kaufkraft geht verloren, Geschäfte und Restaurants schließen. Viele, die bleiben, schieben Frust. Wenn dann noch wie im Falle Grünaus durch explosionsartige Zuzüge nach Leipzig mit der einhergehenden Gentrifizierung all die Verdrängten aus anderen Stadtteilen in dieses Quartier streben, inklusive der vielen Geflüchteten, bricht sich dieser Frust auch gerne mal Bahn – beziffert lässt er sich in Grünau mit 27,4 Prozent AfD-Stimmen im September 2017. Irritierend ist diese Zahl vor allem im Hinblick auf die realen Angebote und Antworten, die die AfD ihren Wählern gibt: Nämlich gar keine. DIE LINKE, die im Stadtteil stets gute bis sehr gute Wahlergebnisse einfuhr und sich auf eine breite Basis stützen konnte, sieht diese nun zerbröseln. Konzepte und Strategien sind gefragt, wie sie ihre Politik an Frau und Mann bringen kann. Robert Maruschke hat ein (eigentlich) ganz einfaches Rezept parat: Beharrlichkeit! „Man muss“, so sagt er „an den Menschen dranbleiben“. Klingt einfach, ist aber harte Arbeit, wenn man beispielsweise eine seiner Strategien in die Tat umsetzt: Nicht warten, bis die Leute zu uns kommen, sondern zu ihnen gehen. Also klassisch an der Haustür klingeln – von 100 Versuchen seien seiner Erfahrung zufolge etwa zehn erfolgreich. Hat man dann im übertragenen Sinne erst einmal den Fuß in der Tür, könne man ins Gespräch kommen und müsse sich vor allem zunächst die Zeit nehmen, zuzuhören. Und zwar mit ehrlichem Interesse an den Themen, welche die Leute beschäftigen und um Gottes Willen nicht „von oben herab“. Denn allzu oft hätten die Menschen den Eindruck, sie und ihre Probleme würden seitens der Politik – da nehme sich linke Politik laut Maruschke bedauerlicherweise nicht aus – nicht ernst genommen. Die Folge einer solchen Missachtung sei dann der Rückzug ins Private.

Dabei wären viele von ihnen bei bestimmten Themen durchaus bereit, sich zu engagieren – in der Regel bei ganz konkreten Projekten

und Aktionen. „Aber“, so Maruschke „man muss sie zuweilen tatsächlich an die Hand nehmen, ihnen Hilfestellungen geben und sie schließlich befähigen, autark zu arbeiten.“ Manchmal reiche es gar bereits aus, Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Genau das hätte sich Conny Beesemann vor nicht allzu langer Zeit gewünscht. Die Grünauerin wohnte bis vor kurzem in der Ringstraße – ein sozialer Hotspot in Grünau-Mitte. Als dort der Haus-Eigentümer wechselte und dieser mit wenig Augenmaß die Bewohnerstruktur veränderte, tat sich die junge Frau mit einigen Nachbarn zusammen, die sich allesamt nicht mehr wohlfühlten in ihrem Quartier. „Wir haben so vieles versucht, sind zum Quartiersrat gegangen, haben das Gespräch mit dem Vermieter gesucht. Es hat alles nichts genützt. Es war wie der Kampf gegen Windmühlen.“ Beesemann ist mit ihrer Familie weggezogen – innerhalb Grünaus, wie sie betont. Maruschkes Konzept hält sie für machbar und würde sich konkrete Andockungspunkte wünschen. Evelin Müller, Vorsitzende des Grünauer KOMM e. V. ist hingegen skeptisch. Zu tief sitze bei vielen Menschen der Frust, die meisten kaum noch zu erreichen – nicht einmal für niederschwellige Angebote, ganz zu schweigen von politischen Aktionen oder Kampagnen. „Die Leute fühlen sich veralbert“, sagt sie. „Wenn ich daran denke, was es hier schon für Foren und Projekte gab, bei denen uns Bürgerbeteiligung vorgegaukelt wurde und im Endeffekt ist nichts davon umgesetzt worden. Ist doch klar, dass die irgendwann sagen ‚Das bringt doch alles nix!‘“ Müller hat noch ein anderes Problem mit der Methode „Haustürbesuch“: Es möge ja sein, so die engagierte Grünauerin, dass Leute, die dafür bezahlt werden, genügend Zeit und Geduld haben, das umzusetzen. Sie könne das im Ehrenamt nicht leisten. Dem Argument konnte sich Robert Maruschke nicht ganz verschließen, hatte allerdings noch einen Taktik-Trumpf im Ärmel. Laut seiner Strategie müsse die Aktivierung ganzer Gruppen wie im Schneeballsystem funktionieren. Na dann: Auf geht's!



Jedes Prozent ist ein Schritt in Richtung Zukunft!

Alexander Schmidt und Lukas Sturm Ein kleiner Reisebericht über den diesjährigen Wahlkampf im hessischen Odenwald

Vor genau zwei Wochen brachen wir auf in Richtung Hessen, um die Genossinnen und Genossen des beschaulichen Odenwaldkreises im Wahlkampf tatkräftig zu unterstützen. Es war ein kalter, aber sonniger Montagmorgen und wir sahen mit voller Zuversicht auf die uns bevorstehenden Aufgaben. Nachdem wir die lange Autofahrt von Leipzig ins kleine Städtchen Erbach – der Kreisstadt des südhessischen Odenwaldkreises – hinter uns gebracht hatten, wurden wir an der hiesigen Jugendherberge, welche unsere Unterkunft für die nächsten Tage darstellen sollte, herzlich vom Genossen Anton Storchilov empfangen. Nach Entladen von Gepäck und eine Zigarettenlänge später brachen wir gemeinsam auf, um die Materialien für die geplanten Aktionen in Empfang zu nehmen und uns nach der anstrengenden Fahrt im örtlichen Stammlokal der Links Jugend Solid – ein chinesisches Restaurant mit dem doch etwas tendenziösen Namen »Chinatown« – bei Bier, Thai-Curry und Suppe wieder mit neuen Kräften einzudecken. Bereits am nächsten Tag gingen wir in die Offensive, und dies schien aus unserer Sicht von äußerster Notwendigkeit: der politische Gegner hatte die Plakatierarbeiten der ortsansässigen Genoss*innen fast komplett zunichte gemacht; nun galt es, ganze Straßenzüge und Viertel wieder mit Plakaten von DIE LINKE zu versehen. Auch der darauffolgende Mittwochmorgen war geprägt von unermüdlichen Plakatieraktionen. Daran anschließend, nach erfolgreich getaner Arbeit, fuhren wir in die Stadt Dieburg östlich von Darmstadt. Hier machten wir uns gemeinsam mit den Genoss*innen vor Ort daran, eine Infoveranstaltung auf dem Marktplatz vorzubereiten. deren Höhepunkt die Ansprache

des Genossen Dietmar Bartsch bilden sollte; davor sprachen die Direktkandidat*innen des Kreises Tim Dreyer, Ann-Christine Sparr und Irene Friedrich sowie der hiesige Spitzenkandidat Jan Schalauske. Zu unserem Erstaunen war diese Veranstaltung auch recht gut besucht; zieht man das Wetter in Betracht, welches sich an diesem Mittwoch durch Wind und bittere Kälte auszeichnete. Den Abschluss dieses Tages sollte dann noch eine vorletzte Plakatieraktion bilden. Den Rest der Woche, besonders den 48-Stunden-Wahlkampf, bestritten wir mit Infoständen; in Michelstadt und in zwei rechten Hochburgen, welche sich am Ende aber – im Vergleich zu unseren Brennpunkten Neo-Faschistischer Umtriebe – als relativ harmlos offenbarten. Vor Apotheken und Supermärkten versuchten wir, die hessischen Bürgerinnen und Bürger vom Wahlprogramm unserer Partei und der Sache – die Transformation einer kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische Gesellschaft – die sie vertritt, zu überzeugen. Wie der Genosse Storchilov bereits bemerkte, arbeiteten wir dabei unter im Vergleich zu vorherigen Wahlen veränderten Bedingungen; Bedingungen, welche aber keinesfalls als negativ aufzufassen sind. Nein, das Gegenteil war sogar der Fall: Die Bürgerinnen und Bürger des Odenwaldkreises begegneten uns mit einer nicht zuvor erwarteten Freundlichkeit und Offenheit, sowohl gegenüber unserer Person als auch der Agenda, für welche wir mit voller Leidenschaft – aber niemals ohne das nötige Quäntchen Besonnenheit und Verständnis aufzubringen – agitierten. So konnte zum Beispiel ein junger Mann, welcher bis auf das im Wahlprogramm formulierte »Bleiberecht für alle« sämtliche Positionen unserer Partei

teilte, davon überzeugt werden, dass auch diese Position eine notwendige und sinnvolle Forderung ist, um unserem humanistischen Weltbild – welchem sich auch eben jener junge Mann verpflichtet fühlt – treu zu bleiben. Wir hatten aber auch in dieser Woche die Gelegenheit, einen Einblick in die Arbeitsweisen als auch Strukturen unserer Genoss*innen in den alten Bundesländern zu haben; das Engagement und die Wirkmächtigkeit trotz der geringen Mitgliederzahlen hat uns zu tiefst beeindruckt. Erstaunt ihrerseits waren die Genoss*innen des Odenwaldkreises von der Professionalität, mit welcher der Genosse Lukas Sturm die Wahlkommission plante und durchführte. Beeindruckend war auch das breite zivilgesellschaftliche Bündnis, welches wenige Stunden vor der GMV des Odenwaldkreises gegen einen »Afd« Parteitag in der Stadt demonstrierte. Das Ende unserer doch recht kräftezehrenden Woche sollte dann die Wahlparty im urigen Gasthaus „Brauerei zum deutschen Haus“ darstellen. Hier wurde bei Bier und leckerem Sauerbraten noch einmal angestoßen auf die getane Arbeit der letzten Tage und aufgeregt der Wahlabend verfolgt und diskutiert. Leider haben wir am Ende nicht die erhofften acht Prozent erreicht und es reichte nur für 6,3 Prozent. Aber unsere Arbeit hat sich dennoch gelohnt: DIE LINKE konnte im hessischen Landtag neun Sitze erringen und einen Stimmengewinn von 1,1 Prozent – gegenüber der Landtagswahl 2013 – verzeichnen. In diesem Sinne möchten wir uns noch einmal herzlich bei den Genoss*innen des Odenwaldkreises für die anstrengenden, aber schönen Tage bedanken und festhalten: Jedes Prozent ist ein Schritt in Richtung Zukunft!

Zweieinhalb Jahre im Stadtrat

Werner Kujat Eine persönliche Bilanz

Üblicherweise ziehen wir als Fraktion im Stadtrat nach zweieinhalb Jahren eine Halbjahresbilanz. Wir überprüfen unsere Tätigkeiten (Anträge, Anfragen, Öffentlichkeit) anhand vom Kommunalwahlprogramm und den daraus formulierten Zielstellungen. Nun bin ich in Folge der Wahl von Skadi Jennicke zur Kulturbürgermeisterin im Juni 2016 in den Stadtrat nachgerückt. Entsprechend möchte ich hier meine persönliche Bilanz nach zweieinhalb Jahren ziehen und in ein paar Sätzen meine Tätigkeit darstellen.

Als Stadtrat mache ich hauptsächlich Kulturpolitik. Der Sitz im Fachausschuss und Betriebsausschuss wurde frei und ich habe die Aufgabe gern angenommen. Eng arbeite ich mit Mandy Gehrt und Marco Götz zusammen. Wir teilen uns die Aufgabenfelder, beraten unser Vorgehen und versuchen, möglichst viele öffentliche Termine abzudecken. Gerade läuft ein Antrag zum Verkaufsstopp der Skala in der Gottschedstr. und zur Absicherung der kulturellen Nutzung durch den Jazzclub. Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen war ich (mit) verantwortlich für den kostenfreien Eintritt in die städtischen Museen und für die Erhöhung der Fördermittel für die Freie Szene. An dieser Stelle muss ich Mandy Gehrt für ihr unermüdliches Nachhaken und Verhandeln mit den Kulturschaffenden sowie mit Grünen und SPD danken. Ein Großteil der Papierarbeit bedarf intensiver Vorgesprächen. Ein zweiter Dank gilt unserem Geschäftsführer Rüdiger Ulrich. Seinen tiefen Einblick in den Sachverhalt und seine Geduld mit uns 17 Stadträt*innen beweist er stets aufs Neue. Zudem behält er den Überblick über alle Anträge und verhandelt mit den anderen Fraktionen. Eine erfolgreiche Arbeit wäre ohne Rüdiger kaum zu leisten. Seit Juni 2017 kümmere ich mich um die Drogenpolitik. Den Drogenbeirat habe ich von Pia Witte übernommen. Unsere ehemalige Genossin hat Partei und Fraktion verlassen und ist mittlerweile bei der FDP. Bei der Erarbeitung der Bilanz der Drogenpolitik musste ich feststellen, dass die letzten Anträge zur Suchthilfe für den Haushalt 2015/16 gestellt wurden. Sprich: Witte hat einiges liegenlassen. Für den Haushalt 2019/20 bin ich entsprechend auf die Projekte der Suchtprävention und -hilfe zugegangen (Drahtseil, Drug Scouts, Free Your Mind, Streetwork „Safe“, Wandelhalle Sucht). Der Bedarf an Personalstellen ist in der wachsenden Stadt bei allen gestiegen, und wir tragen hier als Kommune Verantwortung.

Im großen Feld der Behindertenpolitik übernehme ich gern Aufgaben von Margitta Hollick. Oft kommt es zu Terminüberschneidungen, und wir müssen uns einfach gegenseitig vertreten. So überließ mir Margitta das dicke Papier vom Teilhabeplan „Auf dem Weg

zur Inklusion“, den Sitz in der Jury vom ersten Teilhabepreis der Stadt und bei Bedarf die Sitzungen vom Behindertenbeirat. Mit Sören Pellmanns Bundestagsmandat war klar, dass er viel in Berlin tätig sein wird und wir in der Fraktion alle mit anpacken müssen. Seither habe ich für Sören 20 Vertretungen im Sozial- und Sportausschuss geleistet und im März 2018 den Sportausschuss gleich ganz übernommen. Hier kommt es auf eine solidarische Zusammenarbeit an, und ich möchte behaupten, es funktioniert.

Neben diesen konkreten Tätigkeiten läuft das Tagesgeschäft. Ich bin etwa 20 Stunden die Woche in Sitzungen, bei Veranstaltungen und treffe mich mit Vereinen und Kulturschaffenden: Von der Bandcommunity im Westen bis zum Klub Polski im Osten oder dem So&So im Norden. Die Beschäftigung mit dem Papier ist da noch nicht mit drin.

Im Wahlkreis 8 konnte ich bei „Möckern in Aktion“ die Anliegen der Anwohner*innen und Akteur*innen aufnehmen und pflege Kontakte zum Streetwork Team Nord, zum Bürgerverein und Magistralenmanagement. Hinzu kommen Termine wie die Eröffnung vom Anker-Saal, Richtfest einer Kita oder Aktionen am Auensee. Oft nehmen Bürger*innen Kontakt auf und wollen den Sachstand zur Bauernbrücke wissen oder sorgen sich um den Hausdienst der Stadtbibliothek.

In den letzten zweieinhalb Jahren konnte ich selten an einer Mitgliederversammlung des SBV Nordwest teilnehmen, da ich zeitgleich im Betriebsausschuss Kulturstätten oder im Fachausschuss Jugend/Soziales/Gesundheit/Schule saß. Entweder als ordentliches oder als vertretendes Mitglied. Außerdem habe ich meine Aufgaben in der Landespartei (Sprecher LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, Landesrat, Delegierter Landesparteitag) abgegeben, um mein Mandat als Stadtrat ordentlich ausfüllen zu können.

Eines wurde mir in den letzten zweieinhalb Jahren klar: Die politischen Auseinandersetzungen innerhalb unserer Partei sind notwendig. Linke streiten sich nun mal gern und anders wäre an Fortschritt schwierig zu denken. Aber viel entscheidender ist der politische Nahkampf mit CDU und AfD. Unsere Gegner sind die Rechtskonservativen, die Nationalisten und Rassisten. Ergo: Lasst uns innerhalb konstruktiv und kulturvoll streiten. Nach außen hingegen müssen wir solidarisch agieren und dem Rechtsruck unsere linken Ideen entgegensetzen! Dafür bin ich gern im Stadtrat.

Übrigens: Aus meinen Einnahmen als Mandatsträger spende ich 180€/Monat, einsehbar unter: werner.linxxnet.de/mitgliedschaften-spenden



DIE LINKE vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden und Termine

Sprechstunden:

- Do. 6. Dezember 2018, 16:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 32
Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Dr. Ilse Lauter
- Do. 6. Dezember 2018, 16:00 Uhr, Neues Rathaus, Zimmer 184
Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Franziska Riekewald
- Mo. 10. Dezember 2018, 16:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 18
Bürgersprechstunde mit der MdL Cornelia Falken und dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann
- Mi. 11. Dezember 2018, 13:00 Uhr, Nordstern, Georg-Schumann-Str. 171-175
Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Birgitt Mai

Sozialberatungen:

- jeden Mi. 9:00 bis 14:00 Uhr, Bürger*innenbüro Nordstern, Georg-Schumann-Straße 171-175
Sozialberatung mit Erwerbsloseninitiative
- jeden Mi. 11:00 bis 15:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15,
Sozialberatung mit Marko Forberger (Dipl.-Sozialpädagoge)
- jeden Mi. 13:00 bis 16:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 18
Sozialberatung mit Erwerbsloseninitiative
- jeden Do. 12:00 bis 15:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstr. 34,
Sozialberatung mit Marko Forberger (Dipl.-Sozialpädagoge)
- jeden 1. & 3. Do. 14:00 bis 18:00 Uhr, Wahlkreis-Kulturbüro, Mariannenstr. 101,
Sozialberatung mit Steffen Klötzer
- jeden Mo. 15:00 bis 19:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15
Vereinsberatung (Alles rund um Buchhaltung & Projektabrechnung für gemeinnützige Vereine & Initiativen), Anmelden: prinzessin@linxx.net

Im Stadtrat:

Fraktionssitzungen der LINKEN und die Ratsversammlung sind für Interessierte öffentlich.

- Fraktionssitzung:
5. Dezember, 17:00 Uhr
Raum 259, Neues Rathaus
- Ratsversammlung:
12. Dezember, ab 14:00 Uhr
Sitzungssaal, Neues Rathaus



Bild: Grex

Wie der Kapitalismus das Klima zerstört

Marco Böhme Bericht von der LINKEN Klimaschutzkonferenz

Dass es einen raschen Ausstieg aus der Kohleverstromung sowie eine Mobilitäts- und Wärmewende braucht, ist in unserer Partei Konsens. Technologisch ist diese Wende möglich. Die zentrale Frage ist, mit welchem Gesellschaftssystem dies am schnellsten und effektivsten gelingen kann und welche Herausforderungen noch zu meistern sind.

Am 20.10.2018 fand daher eine Klimaschutzkonferenz der LINKEN. Sachsen im Felsenkeller statt. Einen kleinen Einblick in die Debatten, welche in Sachsen auf eine traditionelle, monostrukturierte Energiewirtschaft mit zwei riesigen Braunkohlerevieren trifft, findet sich in diesem Bericht.

In seinem Eingangsreferat zeigte Tazio Müller, Klimaaktivist und Referent für Klimagerechtigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, in einer emotionalen Rede die Widersprüche in der Klimapolitik auf und machte die Dringlichkeit eines konsequenten Klimaschutzes deutlich. Gleichzeitig geben die aktuellen Protestbewegungen Hoffnung: „Wir sind mehr“, Seebrücke, Unteilbar, „Hambi bleibt“ – all dies zeigt, dass ein Großteil der Menschen hinter einer progressiven und damit sozial-ökologischen Politik steht.

Nach dieser mitreißenden Einführung wurden in 4 Workshop einzelne Facetten der Widersprüchlichkeit der aktuellen Klimapolitik diskutiert. In dem Workshop „Nachhaltigkeit links definiert“ stellte Antonia Mertsching vom Entwicklungspolitischen Netzwerk Sachsen dem Nachhaltigkeitsdreieck mit der Gleichwertigkeit von Ökonomie, Ökologie und Sozialem ein Vorrangmodell entgegen, bei dem die Ökologie die planetaren Grenzen

und damit den äußeren Rahmen allen Lebens bildet. Innerhalb dessen bildet das soziale Miteinander, die Gestaltung des friedlichen Zusammenlebens den weiteren Rahmen für wirtschaftliche Prozesse.

In einem zweiten Workshop wurde die Frage diskutiert, ob Maßnahmen im Namen des Klimaschutzes anderen Nachhaltigkeitszielen entgegenstehen können. Die Referenten, Felix Ekardt (Landesvorsitzender BUND Sachsen) und Stefan Heiland (Landschaftsplaner TU Berlin), waren sich einig, dass Klima- und Naturschutz nicht im Gegensatz zueinander stehen, sondern es sogar Synergieeffekte gibt. So wird ohne wirksamen Klimaschutz der Naturschutz zunehmend sinn- und ausichtsloser. Nichtsdestotrotz kommt es zu Konflikten, z. B. zwischen dem Bau von Windrädern und dem Vogelschutz, zu deren Lösung immer im Einzelfall vor Ort abgewogen werden muss. Schließlich darf Klimaschutz nicht zu irreversiblen Verlusten der biologischen Vielfalt führen.

Nach der veganen Mittagspause wurde weiter diskutiert, ob innovative Lösungsansätze wie ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) als Modell zur sozialen Begleitung von Strukturwandelprozessen in Braunkohleregionen dienen kann. Tilman Loos von der LAG BGE hob hervor, dass ein solches regional und zeitlich beschränktes Modellprojekt nicht bedingungslos sei, es aber eine Chance böte, vor Ort eine finanzielle Absicherung im Übergangsprozess zu sein. Dennoch betonte er, dass das BGE keinesfalls das einzige Instrument sein kann. Erik Wolf (Geschäftsführer DGB Leipzig-Nordsachsen) hingegen betont,

dass ein BGE von 1.000 Euro monatlich ein enormer Lohneinbruch bedeuten würde und daher kein geeigneter Notanker für Kohlearbeiterinnen und -arbeiter wäre. Er plädierte stattdessen für einen langfristigen, sozial verträglichen Strukturwandel mit Sozialplänen und Maßnahmen, die die Traditionen und Empfindungen der Bergarbeiterinnen und -arbeiter berücksichtigen.

Parallel dazu wurde in einem anderen Workshop darüber diskutiert, ob dem Klimawandel am besten mit grünem Wachstum oder Postwachstum begegnet werden sollte. Nina Treu vom Konzeptwerk Neue Ökonomie betont dabei, dass Postwachstum nicht einfach weniger wachsen, sondern anders wirtschaften, also eine Abkehr vom Dogma der Notwendigkeit des weltweiten Wirtschaftswachstums bedeute. Im Vergleich zur grünen, also ökologischeren Wachstumsstrategie, haben Postwachstumsstrategien nicht nur die Vergrünung der Wirtschaft im Blick, sondern vor allem auch Demokratisierungsprozesse und die Soziale Frage.

Auf einem abschließenden Podium wurden alle Workshops noch einmal zusammengefasst und der gemeinsame Rahmen einer linken Klimaschutzpolitik formuliert, welche sich bspw. im Landtagswahlprogramm wiederfinden soll. Die LAG Adele wird die Ergebnisse in ihre Agenda aufnehmen und in einer kommenden Konferenz den Fokus auf eine sozial-ökologische Mobilität legen und Strukturwandelprozesse in der Automobilbranche thematisieren.

Ich möchte es noch einmal versuchen

Keith Barlow Kandidaturbereitschaft zur EU-Wahl 2019

2016 entschieden die Menschen in meinem Heimatland Großbritannien (GB) per Volksentscheid, die EU nach 43 Jahren Mitgliedschaft zu verlassen. Der Hauptgrund war die unter Millionen einfachen Menschen langjährig verbreitete Unzufriedenheit mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage, die zum großen Teil durch die neoliberalen Regeln des Einheitlichen Binnenmarkts der EU geprägt war und ist. Der Ausgang des Volksentscheids muss respektiert werden.

GB verfügt über die zweitgrößte Volkswirtschaft in Europa, und Europa ist mehr als die EU. Ich will mich deshalb für die Etablierung solcher Beziehungen zwischen GB, der EU und ihrer verbleibenden Mitgliedsstaaten einsetzen, die nicht auf der weiteren Mitgliedschaft in diesem Binnenmarkt basieren. Zuerst müssen wir darum kämpfen, dass die bisherigen Rechte sowohl von Bürgerinnen und Bürgern anderer Mitgliedsstaaten der EU mit Wohnsitz in GB nach dem Austritt wie auch die Rechte von Briten mit Wohnsitz in anderen EU-Mitgliedsstaaten geschützt werden. In diesem Zusammenhang brachte ich mit der Unterstützung unseres Stadt- und des sächsischen Landesvorstandes einen Änderungsantrag zum Bundestagswahlprogramm 2017 mit dem Ziel ein, dass sich unsere Bundestagsfraktion mit diesem Thema befassen wird. Dieser Antrag wurde übernommen. Bei meiner Wahl möchte ich deshalb auch unsere Fraktion im Europäischen Parlament in Ausschüssen vertreten, die sich um die künftigen Beziehungen zwischen meiner Heimat und der EU beschäftigen werden.

Eine Besonderheit der Labour Party nach den

verlorenen Unterhauswahlen 2015 ist, dass es den linken Kräften innerhalb dieser Partei mit großer externer Unterstützung gelungen ist, die Wahl des prominenten Linken Jeremy Corbyn als neuen Vorsitzenden durchzusetzen. Corbyns Gegner behaupten, dass seine Wahl schädlich für seine Partei sei. Aber das Gegenteil trat ein: Mit einem Nettogewinn von 30 Mandaten im Vergleich zu 2015 gelang es Labour unter ihrem neuen Vorsitzenden, mit dem Wahlprogramm „For the many, not the few“ die Partei als ernsthafte Konkurrentin zu Premierministerin May bei den nächsten Unterhauswahlen aufzubauen, die spätestens Frühling 2022 stattfinden müssen. Eins ist mir klar. Egal wie der aktuelle Stand der Austrittsverhandlungen zwischen GB und der EU auch ist - die Gegner von Corbyn innerhalb und außerhalb seiner Partei, ob sie für den Austritt oder für den Verbleib in der EU sind, haben ein gemeinsames Ziel: GB weiterhin an die neoliberale Agenda der EU zu fesseln und deshalb Corbyn soweit zu beschädigen, dass er für den Einzug in Downing Street Nummer 10 keine Chance bekommt.

Corbyn hat gezeigt, dass ein linkes Programm wählbar ist. Dank dieses Programms war der Stimmenanteil der rechtspopulistischen United Kingdom Independence Party (UKIP) von 12,6 Prozent bei den Unterhauswahlen 2015 auf 1,8 Prozent 2017 - der niedrigste Wert seit den Unterhauswahlen 2001 - heftig gesunken.

In der Veranstaltung „DIE LINKE und die EU-Krise“ im Leipziger Süden am 25. Mai 2018 erinnerte uns der ehemalige Europaabgeordnete Fabio de Masi (heute stellvertretender

Vorsitzender unserer Bundestagsfraktion) mit Recht daran, dass wesentliche Teile des Labour-Wahlprogramms von 2017 nicht unter den neoliberalen Regeln der EU durchsetzbar wären; dazu zählen die Verpflichtung, Schlüsselindustrien wie Energie, Wasser und Eisenbahngesellschaften in öffentliches Eigentum zurückzuführen sowie die Privatisierung des nationalen Postdienstes Royal Mail rückgängig zu machen sowie die Beendigung der Verpflichtung, Ausschreibungen für Verträge in öffentlichen Bereichen wie Bildung und Gesundheitswesen an den Privatsektor zu machen. Diese würde eine Corbyn-geführte Labour-Regierung in Konflikt mit der EU bringen. Ich will, dass Corbyn der nächste Premierminister Großbritanniens wird und er sein Programm verwirklichen kann. Ich will deshalb eine ganz andere Beziehung zwischen GB und der EU, frei von den neoliberalen Regelungen des Einheitlichen Binnenmarktes der EU, also solche Beziehungen, die es schon mit anderen Staaten gibt.

Wir als Linke kennen Corbyn seit vielen Jahren als zuverlässigen Partner und Genossen im Kampf für Frieden und Abrüstung sowie für soziale Gerechtigkeit. Sein Programm steht den Grundsätzen unseres Erfurter Parteiprogramms nahe. Ich unterstütze sein Programm sowie unser Parteiprogramm. Ich will mich auch dafür einsetzen, dass sich Corbyn sowie eine von ihm geführte Labour-Regierung auf die solidarische Unterstützung aus unserer Fraktion im Europaparlament verlassen kann. Dafür stehe ich mit meiner Kandidatur bei der EU-Wahl 2019 mit ganzem Herzen ein.

Gute Arbeit? Auf zwei Vollzeitbeschäftigte kommt mittlerweile ein Teilzeit Beschäftigte/r

Marianne Küng-Vildeband Menschen in finanzielle Not um Mieten, Strom und übrige Lebenskosten zu zahlen.

In unserer Partei wird wieder über ein „neues“ Normalarbeitsverhältnis diskutiert, das ist richtig und wichtig, wirft man einen Blick auf die steigenden Zahlen der atypischen Beschäftigung der letzten 20 Jahre, weiß man weshalb die Menschen in finanzielle Not gelangen, um ihre Mieten, Strom und übrigen Lebenserhaltungskosten zu zahlen.

Die atypische Beschäftigung ist von 2,5 Millionen auf 7,7 Millionen angestiegen. Jeder vierte (23 Prozent) abhängig Beschäftigte arbeitet nicht in einem Normalarbeitsverhältnis. Frauen sind doppelt so oft (33 Prozent) davon betroffen wie Männer (13,8 Prozent). 23,2 Millionen Vollzeitbeschäftigten (+0,2 Prozent) stehen in Summe 14 Millionen Teilzeit-Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte und kurzfristig Beschäftigte (+57,3 Prozent) gegenüber, auf zwei Vollzeitbeschäftigte

kommt also mittlerweile ein Teilzeit-Beschäftigter.

Jugendliche, die neu in den Beruf einsteigen wollen, haben es besonders schwer. Jeder dritte 15- bis 25-jährige Beschäftigte ist atypisch beschäftigt (31,6 Prozent). Die Anzahl der Normalarbeitnehmer ging in dieser Altersklasse von 1997 bis 2017 um 500.000 (-33,1 Prozent) zurück. Der Anteil der Normalbeschäftigten an den abhängig Beschäftigten ist bei den 15- bis 25-Jährigen mit 68,4 Prozent deutlich niedriger als in den anderen Altersgruppen. 2,6 Millionen Vollzeitbeschäftigten (-18,1 Prozent) stehen in Summe 1,7 Millionen Teilzeit-Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte und kurzfristig Beschäftigte (+26,5 Prozent zu 1999) gegenüber, was ein Verhältnis von 1,5 zu 1 ist.

Bei den 55 bis 65-Jährigen hat sich die Zahl

der abhängig Beschäftigten verdoppelt; parallel zum Normalarbeitsverhältnisses (92 Prozent) auch die atypische Beschäftigung (96,2 Prozent). Leiharbeit hat sich mehr als verdreifacht (+269 Prozent im Vergleich zu 2006). 4,1 Millionen Vollzeitbeschäftigten (+81 Prozent) stehen in Summe 2,8 Millionen Teilzeit-Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte und ausschließlich kurzfristig Beschäftigte (+89,8 Prozent) gegenüber, was ebenfalls ein Verhältnis von 1,5 zu 1 ist.

Fazit: Nur wer ein sicheres und ausreichendes Einkommen hat, kann eine Zukunftsperspektive entwickeln und verwirklichen. Sachgrundlose Befristungen und Leiharbeit sind Gift für eine gute Arbeit. Wir brauchen sichere Arbeitsverhältnisse für alle mit einer kürzeren Vollzeit bei vollem Lohnausgleich - kurz: ein neues Normalarbeitsverhältnis.



Bild: Franziska Riekewald

Erfolgreiche Sammelaktion

Franziska Riekewald Am Samstag, 27.10.2018 in der Zeit von 13:00 bis 17:00 Uhr sammelte DIE LINKE. Leipzig SBV Mitte, organisiert vom ZKM, auf dem Augustusplatz Unterschriften für den Volksantrag „Längeres gemeinsames Lernen“. Während die Erwachsenen sich zum Thema Gemeinschaftsschule informierten, konnten die Kleinen die Hüpfburg stürmen. Trotz Kälte wurde die Hüpfburg gut angenommen und wir konnten fast 150 Unterschriften sammeln.



Bild: Franziska Riekewald

Mecker Welttheater auf dem Marktplatz aus Anlass des Demokratiejahres in Leipzig

Franziska Riekewald Aus Anlass des Demokratiejahres zog das Mecker Welttheater des Theaters der Jungen Welt durch Leipzig. Die Abschlussveranstaltung fand am 30.10.2018 auf dem Marktplatz statt. Unsere Stadträtin Franziska Riekewald stellte sich den Fragen des Moderators und des Publikums.

I've been looking for freedom

Olga Naumov Ein Ausflug zu Amerikas Sozialisten

Ich erinnere mich an ein Gespräch mit Jennifer, einer Politikberaterin, die ich bei meinem letzten USA-Besuch in Washington DC traf. Sie fragte mich, ob es im sozialistischen Europa Millionäre gibt. Gern hätte ich geantwortet: Nein, natürlich nicht. Millionäre werden auf einem Scheiterhaufen aus ihrem eigenen Geld verbrannt. Jetzt lebe ich selbst in den USA, in Atlanta, der Geburtsstadt Martin Luther Kings. Und frage mich: Gibt es in den USA Sozialisten?

Auf meiner Suche gelang ich schnell zur den Democratic Socialists of America (DSA), der größten sozialdemokratischen Organisation der USA. Obwohl in Opposition zu den Demokraten und keine wählbare Partei, unterstützt sie regelmäßig demokratische Präsidentschaftskandidaten. Darunter Barack Obama und den wohl berühmtesten amerikanischen Sozialist Bernie Sanders. Die Unterstützung Oppositioneller ist eine erfolgreiche Strategie, um politische Interessen der DSA in den Kongress zur bringen.

Der Zugang zur DSA ist für Außenstehende wie mich einfach: Monatlich findet man sich zwanglos in einem Biergarten zum Biertrinken zusammen, um dem Marxismus zu fröhnen. Unsere Linkspartei ist dort hinreichend bekannt, die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Unterstützer der DSA. Während die DSA lange ein Nischendasein fristete, erlebt sie seit der Wahl Donald Trumps eine Explosion der Mitgliederzahlen. Die meisten kommen aus Frust über die liberale Politik der letzten Jahrzehnte, die ihren Höhepunkt beim derzeitigen Präsidenten erreicht hat. Die DSA steht für eine solidarische Krankenversicherung, Stärkung der Gewerkschaften und Kampf gegen Rassismus. Dieses Jahr konnte die DSA einen medienwirksamen Überraschungserfolg verbuchen: Die Demokratin und DSA-Mitglied Alexandria Ocasio-Cortez gewann in Vorwahlen in einem New Yorker Stadtbezirk. Darüber hinaus bekennen sich nun auch erste Prominente offiziell zur DSA, darunter die politisch aktive „Sex-and-the-City“-Schauspielerin Cynthia Nixon. Prominente haben hier als Marketinginstrument traditionsgemäß eine wichtige Rolle im Wahlkampf. Der Wahlkampf ist bekanntlich von Emotionen und nicht von Fakten geprägt.

„Der amerikanische Kapitalismus ist sehr elastisch“ erzählt mir ein DSA-Mitglied im Gespräch. Gemeint ist damit das Geschick von Großkonzernen, Verbraucherschutzgesetz und Rechte der Beschäftigten zu umgehen. In der Tat hat der Kapitalismus in der Einkommensverteilung Spuren hinterlassen, die in meiner Stadt zwar auf Anhieb sichtbar sind, jedoch bisher zu keinem Aufschrei geführt haben.

Atlanta in Georgia, mit 500.000 Einwohnern fast so groß wie Leipzig, die Hälfte davon

schwarz. Rassismus ist hier Realität: Die Stadt ist getrennt in weiß, nobel, reich und arm, kriminell, schwarz. Die Trennung erfolgt räumlich in Nord und Süd, getrennt durch eine Autobahn. Man hört den Hinweis „Stay north of South I-20“ – „Bleib nördlich von Interstate 20“ und der Nahverkehr tut sich schwer, eine Verbindung zwischen beiden Stadthälften aufzubauen. Ironisch, denn es war Martin Luther King, der die Rassentrennung 1964 aufhob. Ein Fünftel der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze: Arm gilt, wer ein Einkommen unter 850 € pro Monat hat. Von diesen Leuten sind 80 % schwarz. Hätte ich in den USA nur 850 € zum Leben, müsste Krankenversicherung zahlen, Kinder versorgen, Essen kaufen und ein Auto unterhalten, wäre ich wahrscheinlich obdachlos. Wie auch 10.000 andere Einwohner hier. Das Problem beschränkt sich nicht auf Atlanta: Obdachlosigkeit und Armut ist ein wachsendes Problem in den USA.

Ich versuche zu verstehen, warum eine solch große Gruppe von Abgehängten keinen politischen Umschwung herbeiführt und treffe Barbara Joye, ein „Urgestein“ der DSA in Atlanta, die mich aufklärt. In Georgia wird seit 2005 systematisch Minderheiten der Zugang zu Wahlurnen verhindert – auf Anweisung des republikanischen Staatssekretärs Brian Kemp.

Was ist mit den restlichen Wählern? Diese treffe ich im privilegierten Norden Atlantas und lerne, dass hier in den USA eine progressive Weltanschauung den Wohlhabenden und Gebildeten vorbehalten ist. Diese wählen zwecks fehlender Alternativen vorrangig die Demokraten. Die DSA ist hier kein Thema – zu groß ist noch die Abneigung gegen den Kommunismus, der einst in der McCarty-Ära zur Verfolgung zahlreicher Menschen führte. Man erkennt aber an, dass die DSA kritische Themen an die Öffentlichkeit bringt.

Ich lerne, dass ich in Deutschland sehr privilegiert bin und die Wahl zwischen der politischen Mitte, Links und Rechts habe. Dies gilt es zu vermitteln, denn nur die aktive Teilnahme der Bevölkerung an der Politik kann politische Vielfalt erhalten. Der amerikanische Sozialismus steckt noch in den Kinderschuhen, spricht jedoch greifbare Probleme der Normalbevölkerung an und generiert damit Zulauf. Kann DIE LINKE sich was von der DSA abschauen? Ich sage vielleicht (ja). Mehr reale Probleme vor der Haustür ansprechen, weniger über volkswirtschaftliche Zusammenhänge zwischen Militärausgaben, Bankenkrise und Unterfinanzierung des öffentlichen Sektors referieren (hier schalten die meisten ab). Emotionen machen Politik – nicht nur in den USA.



Bild: Sören Pellmann

Ich lasse mich nicht einschüchtern

Sören Pellmann Zum Brandanschlag auf das Auto des Leipziger MdB Sören Pellmann

In der Nacht vom 13. Oktober, gegen 3:20 Uhr, wurde ein Brandanschlag auf mein Wahlkreisauto vor einem Wohnblock in Leipzig-Grünau verübt. Das Fahrzeug war nicht als Parteiauto erkennbar, allerdings waren mein Name und ein Bild von mir aufgeklebt, die Magnet-Logos der LINKEN lagen zu dem Zeitpunkt bereits in meinem Abgeordnetenbüro in unmittelbarer Nähe und sollten in Kürze aufgebracht werden. Nicht nur mein Auto wurde bei diesem Anschlag beschädigt, sondern auch zwei daneben geparkte Fahrzeuge. Eines davon gehört einem älteren Ehepaar, das ich auch persönlich kenne. Für sie tut es mir besonders leid. Im Übrigen waren die Reaktionen auf dieses Ereignis mir gegenüber sehr unterschiedlich. Ich habe viel Zuspruch erhalten, aber mir wurde auch auf sehr zynische Weise unterstellt, ich hätte den Brand selbst verursacht, um ihn dann meinen politischen Gegnern in die Schuhe zu schieben.

Womit ich nun bei den mutmaßlich wahren Tätern bin: Sie schrecken anscheinend vor

nichts mehr zurück und offenbar zeigt sich mit diesem Anschlag eine neue, deutlich verschärfte Form der politischen Auseinandersetzung. Dass der Ton mit dem Erstarken der AfD und anderen rechten Kräften – vor allem auch in meiner Heimat Sachsen – deutlich rauer geworden ist, bekommen viele in unserem Land seit Monaten zu spüren. Anschläge auf Menschen – und damit meine ich nicht nur Politiker –, die sich offen gegen Nazis und Rassisten positionieren, haben bedrohlich zugenommen.

Bei meinen regelmäßigen Touren durch den Wahlkreis mit eben jenem Auto, welches nun nur noch Schrott ist, haben meine Mitarbeiter und ich schon einiges zu hören bekommen. Auch die Kollegen im Abgeordnetenbüro bleiben von derlei Attacken leider nicht verschont. Das fängt bei abfälligen Bemerkungen über „uns Kommunisten“ an und endet mitunter mit der Bemerkung „dass man uns alle an die Wand stellen und erschießen müsste“. Da bleibt einem erst einmal die Spucke weg bei solch unverhohlenem Hass

– auch wenn es in dem Moment „nur“ verbale Entgleisungen sind. Aber mag man sich vorstellen, was diese Leute tun, wenn sie sich eines Tages mit politischer Rückendeckung völlig frei fühlen, das zu tun, wovon sie vielleicht nachts träumen!?

Im Sicherheitsglas meines Grünauer Büros sind lauter kleine Löcher – vermutlich schmeißt da immer mal jemand Steine dagegen, es wurde an die Tür uriniert und dagegen gespuckt und erst kürzlich ist auf der Facebook-Seite einer selbst ernannten Grünauer Bürgerwehr ein Bild aufgetaucht, auf dem selbige höhnisch vor dem Büro posieren. Nun also dieser Anschlag auf mein Auto. Er ist für mich ein neuer Höhepunkt der Gewalt gegen unsere Partei, unsere Politik und Ideale sowie gegen mich persönlich. Ich lasse mich davon nicht einschüchtern, werde mein Engagement für sozial schlechter gestellte Menschen und gegen rechte Umtriebe fortsetzen, aber es gibt mir doch erheblich zu denken, was in diesem Lande wieder möglich ist.

„Aufstehen Leipzig“ bringt 1.000 Menschen auf die Straße

Volker Külöw Damit hatten selbst kühnste Optimisten nicht gerechnet: nach Sachsenspiegel und mdr aktuell berichtete am Samstagabend kurz nach 20 Uhr sogar die „Tageschau“ fair über die erste Demo von „Aufstehen Leipzig“ am 3. November. Verdient hatte sich diesen medialen Paukenschlag die linke Sammlungsbewegung allemal, denn mit zeitweise 1.000 TeilnehmerInnen waren Kundgebung und Demonstration durch die Innenstadt ein voller Erfolg.

Begonnen hatte alles bereits um kurz nach 11 Uhr, als sich hunderte LeipzigerInnen unter dem Motto „Aufstehen für Abrüsten statt Aufrüsten – Würde statt Waffen“ auf dem Augustusplatz versammelt hatten. In Sprechchören protestierten sie laut und vernehmlich gegen die gefährlichen Pläne der Bundesregierung, den Rüstungshaushalt langfristig nahezu zu verdoppeln. Erster Kundgebungsredner war

der „Aufstehen“-Mitbegründer und mit 85 Jahren inoffizielle Alterspräsident der Leipziger Organisation Prof. Dr. Cornelius Weiss. In seinem kämpferischen Auftritt erinnerte er an die Zeit der politischen Wende und an die damals auf dem europäischen Kontinent herrschenden Erwartungen der Menschen: „Als sich nach der deutschen Wiedervereinigung und dem Zerfall der Sowjetunion das Verteidigungsbündnis der sozialistischen Länder, der Warschauer Pakt, am 1. Juli 1991 offiziell auflöste, hofften die meisten Menschen in Deutschland, ja, auf dem ganzen europäischen Kontinent, dass damit die jahrzehntelange unselige Ost-West-Konfrontation ein Ende hätte, dass man nunmehr energisch daran gehen würde, ein gemeinsames friedliches Haus Europa unter Einbeziehung aller Nachfolgestaaten des ehemaligen Ostblocks, also natürlich auch der heutigen Russischen

Föderation, aufzubauen. Doch diese große Hoffnung wurde schon sehr bald von den westlichen Regierungen als weltfremder Kindertraum diffamiert. Der Westen, allen voran die USA, aber leider auch die Bundesrepublik Deutschland, interpretierte das Ende des Kalten Kriegs vielmehr als Sieg und begann zügig, sich als Weltoberlehrer und Weltpolitist aufzuspielen.“ Am Ende seines sehr bewegenden Auftritts rief er dem begeisterten Publikum zu: „Wir fordern daher wie einst unsere Eltern und Großeltern in den Luftschutzbunkern, auf den Schlachtfeldern und an den Gräbern des 2. Weltkrieges: Nie wieder Militarismus! Nie wieder Krieg! Auch wenn es ein langer und steiniger Weg wird, dies zu erreichen: Venceremos!“

Nach weiteren Reden, darunter von den Mitgliedern der Leipziger LINKEN Dr. Helga Lemme und Thomas Kachel sowie mitreißenden

musikalischen Beiträgen von Prinz Chaos II., alias „aufstehen“-Erstunterzeichner Florian Ernst Kirner, zog die Demo hinter dem Lautsprecherwagen entlang der Goethestraße und Richard-Wagner-Straße zum ersten Zwischenstopp am Willy-Brandt-Platz. Auffällig war die Neugier vieler Menschen am Rande, die aufmerksam den Sprechchören zuhörten und durchaus interessiert die zahlreich verteilten Flyer in die Hand nahmen. Über das

Hallische Tor, den Brühl, die Katharinenstraße ging es weiter auf den Markt, wo Mike Nagler an den Aufstand der Kieler Matrosen am 3. November 1918 und den Ausbruch der Novemberrevolution vor 100 Jahren erinnerte. Nach fast drei Stunden gelangte die Demo zu ihrem Ausgangspunkt zurück. Der bewegende Abschluss der Veranstaltung vor der Oper wurde nochmals musikalisch vollzogen. Der Leipziger Liedermacher, Autor und Ma-

ler Ralph Schüller stimmte auf der mobilen Bühne mit Unterstützung des Ex-Thomaners und heutigen Mitgliedes von „amici musicae“ Prof. Dr. Ulf-Dietrich Braumann das legendäre Antikriegslied von Pete Seeger aus dem Jahr 1955 „Sag mir, wo die Blumen sind“ an, das von allen gemeinsam gesungen wurde.

Bildungspartei

Marco Götze DIE LINKE als Bildungspartei mit dem Thema Schule in die Auseinandersetzung führen

Sachsen steht nicht nur vor einem personalpolitischen Scherbenhaufen des Lehrkräftemangels, der weitaus größer ist als offenbar. Einher geht dies mit weiteren offenen Fragen der Schulpolitik, wie zum Beispiel Schulstruktur und Fächerkanon.

Längeres gemeinsames Lernen ist ein wichtiger Schritt von vielen Bausteinen einer guten Schule: DIE LINKE wird sich konkrete Lösungsansätze auf drei Ebenen erarbeiten müssen. Zum einen wird die Aufgabe darin bestehen, selbst in der von der Landesregierung durch jahrelange Nichteinstellungen verschuldeten Misere Alternativen zur jetzigen Politik des Lächerstopfens im Hier und Jetzt aufzuzeigen. Zum anderen ist die Öffnung hin zum längeren gemeinsamen Lernen voranzutreiben, übrigens ganz egal, ob die Bemühungen zum Volksbegehren erfolgreich ausgehen. Nach wie vor produziert das geteilte Schulsystem geknickte Bildungskarrieren. Problematisch gestaltet sich oft das viel zu frühe Wechseln von der Grundschule zu weiterführenden Schulen und auch der Wechsel von der Oberschule zum Gymnasium. Die angebliche Durchlässigkeit des Systems ist eine Farce und scheitert allzu oft. Das längere gemeinsame Lernen ist für vieles eine Lösung, auch für die Schule im ländlichen Raum.

Doch darin erschöpft sich das Nachdenken über mittelfristige Perspektiven nicht. Auch die Schwerpunkte der allgemeinbildenden Schule müssen zum Beispiel vom mantrahafte Überbetonen einiger Fächergruppen weg und wir müssen hin zu einer wirklichen Wahlfreiheit nach Neigungen und Bedürfnissen. Das was an Kompetenzen im Hintergrund des Gelehrten erworben wird, wir sprechen nicht umsonst vom „heimlichen Lehrplan“, ist weit weniger oberflächlich in Fächern zu sortieren und das Wichtigste am Lernprozess. Viel könnten beispielsweise gesellschaftswissenschaftliche und musische Inhalte zu einer prägenden Welterfahrung und zu praktischen Fähigkeiten beitragen, von denen jedoch die meisten als Fach ein Dasein als Rand- und Auffüllstunde fristen. Die Wahl eines Leistungskurses von Gymnasiast*innen beschränkt sich an vielen Gymnasien oft auf

die Wahl zwischen Pest und Cholera. Es ist in Sachsen selbstverständlich, dass nicht jeder mögliche Leistungskurs überall angeboten werden darf, sondern genehmigt werden muss. Hinter der Maske von Schulprofilen verbirgt sich nichts weiter als das Einsparen von Lehrkräften. Die Rechnung bezahlen vor allem die Schülerinnen und Schüler durch eingeschränkte Wahl. Mag ein Schulwechsel in ein anderes Gymnasium mit anderen Leistungskursen in der Großstadt schwer, aber noch möglich sein, so ist er im ländlichen Raum nur durch extrem weite Wege zu realisieren. Das Ziel muss es sein, umfangreiche Wahlmöglichkeiten für intensive Vertiefungsfächer an allen weiterführenden Schulen zu ermöglichen.

Wir müssen uns beispielsweise auch für eine Reform hin zu einer praxisnäheren Ausbildung von Lehrkräften einsetzen. Ausbildung findet immer noch zu lange weitab der Schulen statt.

Langfristig muss natürlich nachgedacht werden, wie sich DIE LINKE Schule generell ganz anders vorstellt. Dieser Schritt darf aber den konkreten Lösungen im Jetzt und Hier nicht entgegenstehen. Das muss zusätzlich getan werden. Schließlich hilft eine Vision ein Ziel anzustreben. Im Heute und Morgen werden von uns auf Feldern mit sehr vielen Betroffenen jedoch genauso Antworten erwartet.

Die Folgen einer gescheiterten Personalpolitik überwinden: Wie zum Beispiel für die Personalpolitik: Die Nichtverbeamtung für ältere Kolleginnen und Kollegen ab 42, wie zum Beispiel für mich im Greisenalter von 45, ist dabei nur die Spitze des Eisberges. Sehr wohl wären übertarifliche Zulagen wie in Berlin für angestellte Lehrerinnen und Lehrer möglich gewesen. Die Verbeamtung und mithin die Zweiklassengesellschaft im Lehrerzimmer wäre auf diese Weise zu vermeiden gewesen. Ein systemisch ungerechtes Prämiensystem, von dem stets nur wenige profitieren, trägt nunmehr Unmut und Frust in die Lehrerzimmer. Es ist Zeit, diesen törichten Weg der Verbeamtung zu verlassen. Anstellungsverhältnisse mit einer Gehaltszulage für alle sind die Alternative.

An alle Felder der Bildungspolitik denken:

Nicht vergessen darf DIE LINKE all jene, die im prekären Bildungssektor als Honorarlehrkräfte arbeiten. Daher wird die Stadtratsfraktion beispielsweise einen kräftigen Aufwuchs für Stundenhonorare der Dozent*innen der Volkshochschulen im nächsten Haushalt beantragen. Gleiches werden wir für die Musikschule tun. Dabei steht die weitere stufenweise Wandlung von Honorarverhältnissen in feste Stellen gleichsam mit einem Vorschlag für 2018/20 in einem Haushaltsantrag der Fraktion.

Die Chancen, auf dem Feld der Bildung zu punkten, waren nie so groß wie heute: Nun, da das Versagen der CDU-Bildungspolitik auch noch bis in den hintersten Winkel Sachsens offenbar wird, hätte DIE LINKE die Chance, als fachlich kompetente und tief in der Bildungslandschaft originär verankerte Partei Wählerinnen und Wähler anzusprechen. Mit Kandidierenden mitten aus dem Leben, die künftig als Abgeordnete Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern mit gelebtem Verständnis aus eigener beruflicher Erfahrung gegenüberreten können. Sie könnte bei den nächsten Landtagswahlen als DIE Bildungspartei Sachsens punkten, denn ihr Ansehen in diesen als gesellschaftliche Multiplikatoren wirkenden Berufsgruppen des Bildungssektors ist wegen ihrer energischen Bildungspolitik in Zusammenarbeit mit den konsequenteren Berufsverbänden wie der GEW immer noch relativ hoch. Daran lässt sich anknüpfen.

Stellen wir dafür die inhaltlichen Felder der politischen Auseinandersetzung in den Vordergrund. Verteilen wir besser und klüger erst nach der Wahl Wahlkreisressourcen in aller Solidarität, wenn sie errungen sind. Nie zuvor hatten wir derartige Chancen und Steilvorlagen, DIE LINKE als sozial orientierte, fachlich fundierte Bildungspartei als tatsächliche Alternative in die Auseinandersetzung in die nächste Landtagswahl zu führen. Machen wir die Sichel scharf. Ich habe dies als Lehrer und Parteimitglied für mich getan und bin dazu bereit.



Landtagskandidat*innen aufgepasst:

In der Dezember-Ausgabe sollen kurze Vorstellungen der Landtagskandidat*innen (Liste und WK) erscheinen. Bitte schickt uns dazu bis zum Redaktionsschluss 03.12., 12:00 Uhr: Einen Text mit max. 1.800 Zeichen inkl. Leerzeichen, ein Bild von euch sowie einen Hinweis, ob ihr in einem Wahlkreis antreten wollt und welcher das ist und ob ihr ebenso für die Landesliste kandidieren wollt.

Bild: Martin Heinlein / DIE LINKE

Leipzig gehört allen!

Adam Bednarsky Wir stellen uns den Herausforderungen des Wahljahres 2019

DIE LINKE Leipzig steckt mitten in der Vorbereitung des Wahlkampfes für die Kommunal-, Europa- und Landtagswahl im Jahr 2019. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die am 26. Mai 2019 stattfindende Kommunal- und Ortschaftsratswahl, da diese im besonderen Maße durch uns vorbereitet werden muss. Mit dieser werden für die Stadt Leipzig eine Reihe strategischer Weichen gestellt, die weitreichende Auswirkungen für die Entwicklung in den 2020er Jahren haben werden. Wir stehen vor den folgenden Herausforderungen: Umsetzung des Wahlziels 20 Prozent plus X (2014: 24,2 Prozent) und erstmalige Konstituierung der stärksten Stadtratsfraktion durch die LINKE. Als Partei der sozialen Gerechtigkeit wollen wir unsere Möglichkeiten der aktiven Gestaltung und kontinuierlichen Einflussnahme auf Richtungen und Inhalte der Kommunalpolitik steigern.

Es geht bei den Wahlen im Jahr 2019 nicht weniger als um die Verteidigung der humanistischen und freiheitlichen Werte des Grundgesetzes. Die bedrohliche Rechtsentwicklung in Deutschland und Europa macht auch vor Leipzig nicht halt. Bei der Bundestagswahl 2017 konnten CDU, AfD und FDP mit 49,5 Prozent fast die absolute Mehrheit der Zweitstimmen in Leipzig erringen, in Sachsen waren es zusammen sogar 62,1 Prozent. Die konservativen Kräfte um die Leipziger CDU wintern bereits Morgenluft und träumen im Herbst 2018 öffentlich davon, im nächsten Jahr „die rot-rot-grüne Mehrheit im Rat zu beenden“. Das gilt es mit aller Kraft zu verhindern und dazu beizutragen, dass die Mitte-Links-Mehrheit im Stadtrat verteidigt wird.

Das gelingt nur, wenn die Leipziger LINKE mit ihren mehr als 1.400 Mitgliedern und über 100 Kandidierenden trotz unterschiedlicher Strömungen und innerparteilicher Konflikte geschlossen auftritt. Gemeinsam wollen wir möglichst viele Leipzigerinnen und Leipziger verschiedener politischer Sozialisation, territorialer und milieuspezifischer Herkunft, Altersgruppen und weiterer persönlicher und gesellschaftlicher Identitäten (Geschlecht, Sexualität usw.) ansprechen. Ihnen politisch eine Stimme zu geben und sie gegen etwaige Angriffe zu verteidigen ist und bleibt ein herausragendes Anliegen aktiver, vor Ort er-

lebbarer linker Politik. Mit der Betonung des Verbindenden ist es unser Ziel, das kommunal-politische Sprachrohr für stadtpolitisch, ökologische, soziale Bewegungen, antifaschistisch Engagierte, flüchtlingspolitische Initiativen und neue politische Gruppen und Bündnisse zu sein.

Dem Stadtparteitag im November legen wir einen starken Kommunalwahlprogramm-Entwurf zur weiteren Diskussion vor. Diesen hat die Redaktionsgruppe nicht im stillen Kämmerlein, sondern im intensiven Austausch mit verschiedenen Akteuren und Gruppen aus der Stadtgesellschaft entworfen und mit den GenossInnen aus den Stadtbezirksverbänden vordiskutiert. Bei dieser inhaltlichen Arbeit schärften sich folgende programmatischen Gemeinsamkeiten im Stadtverband, die wir verstärkt in den Vordergrund stellen müssen.

Wir sind die Partei:

1. der sozialen Gerechtigkeit und des starken Sozialstaates
2. des Friedens und des Antifaschismus
3. des öffentlichen Eigentums
4. der demokratischen Teilhabe
5. der Emanzipation und des Feminismus
6. des gesellschaftlichen Fortschritts
7. der „kleinen Leute“, speziell der prekär lebenden Menschen und der von Lohn- und Transferleistung Abhängigen
8. der Solidarität mit Geflüchteten.

Bereits im Oktober startete der Stadtverband mit der Kampagne „#Jetzt!“ die Mobilisierung von GenossInnen sowie Sympathisierenden für die Wahlkämpfe. Unter anmeldung.links-leipzig.de können sich Interessierte anmelden, die Kampagne startete mit einem Video (<http://gleft.de/2w0>).

Tragen wir gemeinsam dazu bei, dass auch nach 2019 eine stabile Mitte-Links-Mehrheit im Leipziger Stadtrat die hiesige Kommunalpolitik prägt. Mit einem starken Ergebnis bei der Kommunalwahl 2019 setzen wir nach der Erringung des Direktmandates bei der Bundestagswahl 2017 einen weiteren Markstein auf dem Weg zu unseren Zielen: Leipzig wird rot! Und ein anderes, ein besseres Sachsen ist möglich!

Reihe: Partei erklärt
diesmal: Kommunalwahl I
Was wird gewählt
& Wahlprogramm

Tilman Loos Am 26. Mai ist Kommunalwahl in Leipzig - werfen wir einen Blick auf diese Wahl:

Was wird gewählt: Gewählt wird der Leipziger Stadtrat (formal: Stadtrat zu Leipzig). Dieser besteht aus 70 Stadträt*innen sowie dem oder der OBM (wobei die/der OBM gesondert und für sieben Jahre gewählt wird. Am 26. Mai 2019 wird jedoch kein/e OBM gewählt). Außerdem werden die Ortschaftsräte gewählt. Das sind Mitbestimmungsgremien derjenigen Ortsteile Leipzigs, die eingemeindet worden sind. Mit der Stadtratswahl entscheidet sich zudem auch, wie viele Plätze die Parteien in den Stadtbezirksbeiräten bekommen. Die Stadtbezirksbeiräte sind beratende Gremien auf Ebene der zehn Stadtbezirke - ohne die jeweiligen Ortsteile mit Ortschaftsrat. Die elf Mitglieder der Stadtbezirksbeiräte werden jedoch nicht direkt gewählt. Die Mitglieder der Stadtbezirksbeiräte werden, abhängig vom Parteienergebnis der jeweiligen Stadtratswahl, von den Parteien benannt. Für DIE LINKE Leipzig benennt der Stadtvorstand nach Rücksprache mit den Ortsverbänden die Mitglieder.

Das Wahlprogramm: Zu jeder Wahl sollte es ein Wahlprogramm geben. Dieses Wahlprogramm wird über mehrere Etappen erstellt. Grundlage ist meistens das alte Wahlprogramm. Dieses wird dann unter Berücksichtigung des Erreichten, des Noch-Nicht-Erreichten und neuer Ideen und Problemlagen überarbeitet. Das macht in der Regel eine vom Stadtvorstand vorgeschlagene Redaktionsgruppe. Für die Kommunalwahl 2019 gibt es einen ersten Entwurf, der auf dem Stadtparteitag am 17.11.2018 das erste Mal diskutiert wurde. Danach werden etwaige Änderungen eingearbeitet und dem Stadtvorstand dann ein neues Papier vorgelegt. Auf dieser Grundlage verabschiedet der Stadtvorstand dann seinen Vorschlag für das Wahlprogramm und reicht ihn als Antrag an den Stadtparteitag ein. Auf diesem Stadtparteitag, vermutlich am 9. Februar 2019, wird das Wahlprogramm dann beschlossen. Da das Programm auch in Form eines Antrags beschlossen wird, kann natürlich jedes Mitglied Änderungsanträge stellen. Diese werden dann, sofern fristgemäß eingereicht, von den Delegierten des Stadtparteitags abgestimmt. Am Ende des Tages heißt es dann: Habemus Kommunalwahlprogramm.

Den Stand des Entwurfs für das Kommunalwahlprogramm zur 2. Tagung des 6. Stadtparteitages findet ihr übrigens auch auf der Website des Stadtverbandes:

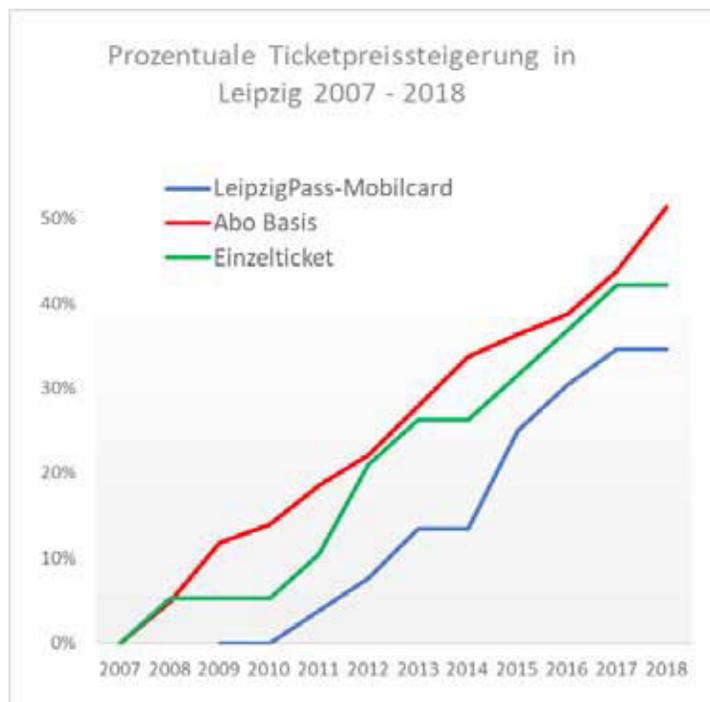
① <https://www.die-linke-in-leipzig.de/dokumente/stadtparteitag/6-stadtparteitag/2-tagung/>

Preiserhöhungen bei der LVB gestoppt

Steffen Wehmann und Franziska Riekewald Stabile Preise im Stadtrat beschlossen - LINKE Beharrlichkeit zahlt sich aus

Unser jahrelanges Engagement im Leipziger Stadtrat für eine Begrenzung der Fahrpreise und eine bessere Finanzierung der LVB hat sich endlich gelohnt. Seit dem Jahr 2009 hat die Fraktion DIE LINKE immer wieder auf die Unterfinanzierung der LVB hingewiesen und schon im Jahr 2013 erstmals ein Tarifmoratorium gefordert. Jetzt ist es in der Ratsversammlung am 24. Oktober 2018 maßgeblich mit den Stimmen von der LINKEN gelungen, per Beschluss die Ticketpreise im Jahr 2019 und 2020 stabil zu halten und der LVB mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Endlich ist die Preisspirale gestoppt und es wird im nächsten und übernächsten Jahr in Leipzig keine Ticketpreiserhöhungen geben. Außerdem wird mit dem Beschluss auch die LVB finanziell bessergestellt. Sie erhielt bisher 45 Mio. €. Dieser Betrag wird im Jahr 2019 auf 54 Mio. € und 2020 auf 56 Mio. € erhöht. Dies ist lange noch nicht ausreichend, das ist uns klar. Denn beim Nachhaltigkeitsszenario, welches wir ja beschlossen haben, benötigt die LVB bis zum Jahr 2030 noch erheblich mehr Geld für Betrieb, Erhaltung und Investition, wollen wir die Ziele erreichen, die der Stadtrat beschlossen hat. Eine Wende in der Finanzierung des

ÖPNV war mehr als notwendig, es war schon lange nicht mehr akzeptabel, dass die Fahrgäste und die Beschäftigten ungerechtfertigt große Anteile der jährlich steigenden Kosten stemmen müssen. Das Wichtigste: der jetzige Beschluss, die Preise für die Jahre 2019 und 2020 stabil zu halten, ist finanzierbar. Damit kann die LINKE auch ein wichtiges Ziel aus dem Kommunalwahlprogramm von 2013 umsetzen. Wir werden als Linksfraktion im Stadtrat auch weiterhin sowohl auf eine stärkere Beteiligung von Bund und Land, aber auch auf die Umsetzung der Untersuchungsergebnisse zu alternativen Formen der ÖPNV-Finanzierung drängen. Auf jeden Fall werden unsere An-



träge und Vorschläge auch in Zukunft solide und finanzpolitisch unterlegt sein. Wir hoffen sehr, dass mit den aktuellen Beschlüssen zum Nachhaltigkeitsszenario sowie zur Finanzierung des ÖPNV ein Umdenken im Stadtrat und in der Verwaltung auch in Zukunft Bestand hat. Wir bleiben am Thema dran.

Fit für die Arbeit in der Linken

Christian Annecke Ein Resümee zum Neumitgliederseminar

Am Anfang gehts ganz einfach: Jemand ist unzufrieden mit der Gegenwart, möchte etwas in der Welt politisch ändern, hat Lust aktiv zu sein. Eine Beitrittserklärung bei der LINKEN wird unterschrieben oder online wird sich angemeldet - und schon ist man mehr oder weniger in der Partei. Insbesondere im letzten Jahr haben diesen Schritt viele Menschen unternommen. Aber dann? Wo mitmachen? Wie mitmachen? Und was ist eigentlich die Partei jenseits von bekannten Abgeordneten? Für all diese Fragen wurde im Oktober das „Fit für die Arbeit in der LINKEN“ Seminar ausgerichtet, an der ich mich mit dem didaktischen Konzept und der Ausführung beteiligte. An einem der letzten schönen Herbsttage haben sich 16 Menschen unter dem Dach des Liebknecht-Hauses zusammengefunden, um an einem 8-stündigen Seminartag zu lernen und zusammen etwas zu bewegen. Los ging es mit einem lockeren Start bei einem Kennenlernbingo, bei dem interaktiv Personen im Raum gefunden werden mussten, die zum Beispiel eine Sprache sprechen, die man selbst nicht spricht, oder den glei-

chen Musikstil mögen wie man selbst. Als Preis lockte eine Tafel Schokolade. Nach 15 Minuten neugierigen Fragens und einigem Lachen gab es letztlich auch einen Gewinner, der ganz solidarisch den Preis mit allen teilte. Nach dieser Aufwärmübung ging es dann aber richtig los. Die Seminarteilnehmer_innen hatten die Aufgabe, in kleinen Gruppen an Metaplanwänden zu schreiben, warum sie LINKE-Mitglied sind oder was sie mit der LINKEN verbinden. Nach einigen künstlerischen Mindmaps und ersten guten Diskussionen wurden die Ergebnisse gegenseitig vorgestellt. Dieser Anfang sollte didaktisch in das Seminar einführen, und die Teilnehmer_innen merkten, dass sie trotz unterschiedlicher Beweggründe für das Engagement viele gemeinsame Grundlagen haben. Wo aber die historischen Wurzeln unserer Partei liegen, galt es im nächsten Punkt herauszufinden. Nämlich die Geschichte der Arbeiter_innenbewegung. Die Geschichte unserer Partei ist vielseitig, spannend und ereignisreich. Ebenso sollte die Vermittlung sein. Ein kurzer Input

dient zwar einer groben Übersicht, doch die Teilnehmer_innen sollten in einem Bodenkartenquizz die lange Geschichte wie einen Zeitstrahl anordnen. Wann war nochmal die Gründung der KPD? Vor oder nach dem 1. Weltkrieg? Wie war das nochmal mit dem Slogan „Junkerland in Bauernhand“? Und seit wann gibts eigentlich eine einheitliche Partei DIE LINKE? Das Bodenkartenquizz hat es vermocht, dass jede/r sich beteiligen und eine große Übersicht erstellt werden konnte. Nach diesem Herumgewuselt wurde es dann, bevor die Mittagspause uns erwartete, etwas emotionaler. Denn wie können die harten und schweren Zeiten der Vergangenheit besser erahnt werden, wenn nicht durch linkes Liedgut? In Gruppen aufgeteilt widmeten sich die Teilnehmer_innen der Internationalen oder auch Liedern von Bertolt Brecht. Wir beantworteten die Leitfragen, welche damaligen gesellschaftlichen Zustände die Lieder übermitteln, welche Punkte der Arbeitsgesellschaft kritisiert werden und welche linken Vorstellungen einer guten Gesellschaft deutlich werden. Und manch ein Mutiger und

Bilder v.l.n.z.u.: Christian Arnecke | Timan Loos | Juliane Nagel



3 Bilder aus Oktober und November

Bild links oben: Am 20. Oktober fanden sich mehrere (Neu-)Mitglieder ein und besuchten das Seminar „Fit für die Arbeit in DIE LINKE“ (siehe Bericht auf linker Seite).

Bild rechts oben: Am 29. Oktober fand in Leipzig eine der dreizehn Regionalkonferenzen des Landesverbandes unter dem Motto „Basis ist Boss“ statt. Über 70 Genossinnen und Genossen diskutierten in kleineren Gruppen Thesen, entwickelten neue und löcherten anschließend Spitzenkandidaten-Kandidat Rico Gebhardt mit Fragen.

Bild rechts unten: Am 1. November lud das „Kommunalpolitische Forum Sachsen“ (KFS) zu einer Diskussion über das Polizeigesetz aus kommunaler Sicht ein. Ein ausführlicher Bericht der Veranstaltung findet sich hier <http://gleft.de/2ya>

Fortsetzung von vorhergehender Seite

manch eine Mutige hat sogar das ein oder andere Lied angestimmt.

Mit knurrendem Magen, das Brecht'sche Zitat „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral“ aus der Dreigroschenoper verinnerlicht, ging der Austausch bei Brötchen, Salat und Aufstrichen weiter. Stärkung war nämlich für die zwei letzten Punkte definitiv nötig.

Nachdem wir die Geschichte der Arbeiter_innenbewegung behandelt hatten, widmeten wir uns sodann den Grundwerten unserer Partei. Es gab einen kurzen Input zu Marx und Engels und wir analysierten ein Interview mit einer Maschinenführerin. Der Gruppe kam der Gedanke, dass doch eigentlich eher die Maschine und der Eigentümer den lohnabhängigen Menschen im Kapitalismus führt denn andersherum. Wir versuchten Grundbegriffe linken Denkens und Handelns in einen politischen Kompass einzuordnen und merkten schnell, dass der demokratische Sozialismus als Richtschnur unseres Wirkens starkes Potential hat, um die Wirklichkeit zu verstehen und zu ändern.

Wie aber diese Wirklichkeit jenseits von wichtigen theoretischen Erkenntnissen geändert

werden kann, war der letzte Seminarpunkt; nämlich die Werkstatt. Wir beschäftigten uns mit der parteilichen Antragserstellung, wie man ein Veranstaltungskonzept anfertigt und wie die Strukturen der Partei aussehen.

Die Sonne war an diesem lauen Herbsttag schon untergegangen, als 16 Teilnehmer_innen mit vielen Erkenntnissen, manch hitzigen Debatten und Zuversicht nach Hause gingen. Es wurde einiges an Wissen in vielen didaktischen Methoden vermittelt und manch einer/m rauchte der Kopf. Das Liebknecht-Haus schloss sich und wir merkten, dass dies für einige der Stein des Anstoßes gewesen war nicht nur noch mehr zu wissen, was die Welt im Innersten zusammenhält, sondern dass es sich lohnt Partei zusammen für ein besseres Morgen zu ergreifen. Wie, das haben wir hier gelernt und werden es hoffentlich schon morgen umsetzen. Auf dass die Linke weiter dem Morgenrot entgegen schreitet. Innerparteiliche Bildung, Diskurs und didaktische Methoden sind hierfür ein unverzichtbares Werkzeug. Sorgen wir dafür, dass wir dieses weiterhin benutzen und schärfen.

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Jahresendverteilung 2018:** Auch am Ende dieses Jahres wird die Leipziger LINKE nochmal auf der Straße präsent sein. Um den Nikolaustag herum starten wir unsere Verteilaktion zum Jahreswechsel. Nachdem uns dabei in den letzten Jahren die Themen Kinderarmut, Stromsperrern und Arbeitsverhältnisse wichtig waren, steht für 2018 das Thema Pflege auf unserer Agenda. Dazu werden vom 6. bis 21. Dezember im gesamten Stadtgebiet über 2.000 inhaltliche Postkarten mit Schokoweihnachtsmännern verteilt. Bei den Verteilaktionen, an der sich auch wieder verschiedene Abgeordnete und Stadträt*innen beteiligen werden, wird DIE LINKE an verschiedenen Orten in Leipzig wie auf Weihnachtsmärkten, an der Uni oder vor der Arbeitsagentur am Start sein. Bei Interesse mitzumachen, bitte einfach im Liebknecht-Haus melden.
- **Doppelausgabe:** Bitte bei der Abgabe besonders von Terminen beachten: Das nächste MiB wird eine Doppelausgabe für Dezember 2018 und Januar 2019.

aktuelle Termine

Diego Palacios „Schönes Unbehagliches Schuldgefühl“ - Ausstellungseröffnung

Aus der Dunkelheit tauchen Figuren auf, sie umgibt ein mystischer Schein aus fluoreszierenden Farben, Spiegelungen und Verschleierungen wechseln sich ab. Schaurig schöne Bildwelten des chilenischen Künstlers Diego Palacios in seiner Ausstellung „Schönes Unbehagliches Schuldgefühl“.

Mi. 28. November, 18:00 Uhr
Wahlkreis-Kulturbüro Franz Sodann

Bonny Lycen & Jack Pop

Brachialpoesie trifft auf feinsinnige Erzählkunst. Wenn die Halbfinalistin der deutschsprachigen Meisterschaft im Poetry Slam Bonny Lycen vors Mikro tritt, ist ein explosiver Reigen an Sprache und Synapsenkitzel garantiert. Akustisch umrahmt wird das Ganze von Gitarrist Jack Pop. Ein sprachgewaltiges Programm aus Inhalt, Charme und einer großzügigen Portion Humor.

Mi. 28. November, 19:00 Uhr
Wahlkreis-Kulturbüro Franz Sodann

Dschihad und Salafismus

Der Autor und Schriftsteller Tarek Azizeh wird eine Einführung in das spannende und hochaktuelle Thema »Dschihad und Salafismus« geben und will anschließend mit Interessierten ins Gespräch kommen. Tarek Azizeh ist vor zirka vier Jahren aus politischen Gründen aus Syrien nach Deutschland gekommen. Er versteht sich selbst als säkular und nimmt zu allen Religionen die gleiche Haltung ein. Seine Worte: „Ich respektiere den Glauben der Menschen, aber wenn die religiösen Dogmen den privaten Glaubensbereich verlassen, sich in eine Ideologie verwandeln und Eintritt in den öffentlichen Raum und insbesondere die Politik finden, kritisiere ich sie.“ Der »Dschihad« und der »Dschihadismus« sind große und komplexe Themen. Sie umfassen sowohl religiöse als auch historische und politische Aspekte. In einer Veranstaltung kann dies nicht umfassend abgehandelt werden. Stattdessen wird anhand des Vortrages versucht, einige zentrale Punkte und aktuelle Bezüge als Vorbereitung für die Diskussion zusammenzufassen.

Do. 29. November, 18:30 Uhr
Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 18

Aufstehen Was steckt dahinter?

Prof. Dr. Cornelius Weiss, Erstunterzeichner des Aufrufs zur Sammlungsbewegung, stellt die Ziele und die nächsten Projekte vor und beantwortet die Fragen des Publikums. Moderiert von Sören Pellmann.

Di. 04. Dezember 2018, 18:00 Uhr,
Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 18

Kritik des Ostdeutschen Bewusstseins

Dass der Rechtsruck in Sachsen konkrete Folgen hat, zeigte sich zuletzt in Chemnitz bei den sogenannten „Trauermärschen“ mit offen nationalsozialistischen Reden und Angriffen auf Personen, die nicht in das Bild des Mobs passten. Es zeigt sich eine Kontinuität der rechten Ideologie in Sachsen von rassistischen Demonstrationen in Schneeberg 2013, über Pegida 2014 und die menschenfeindlichen Ausschreitungen in Heidenau 2015. Gibt es die sächsischen Verhältnisse und was hat das mit dem Osten zu tun? Mit Heike Kleffner (Journalistin). Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Nationalismus ist keine Alternative“ Eine Veranstaltung der Gruppe the future is unwritten in Kooperation mit der RLS Sachsen

Di. 04. Dezember, 19:00 Uhr
Ost-Passage-Theater,
Konradstraße 27, 04315 Leipzig

Weihnachtsfeier gemeinsam mit den Stadtbezirksverbänden Leipzig Nordost und Ost

Ihr seid alle herzlich eingeladen, den Jahresabschluss mit gutem Essen, Getränken und Kultur zu feiern.

Mi. 19. Dezember, ab 17:00 Uhr
Wahlkreis-Kulturbüro Franz Sodann

Kreiswahlversammlung in Vorbereitung der Landtagswahl 2019 in der kreisfreien Stadt Leipzig – Wahlkreise 27 – 33

Am 19. Januar findet eine Versammlung aller wahlberechtigten Mitglieder der Partei DIE LINKE, die ihren Hauptwohnsitz in Leipzig haben (Kreiswahlversammlung) statt. Die Versammlung hat folgende Aufgaben:

- 1.) Wahl der WahlkreisbewerberInnen der Partei DIE LINKE für die Landtagswahlkreise 27 – 33
- 2.) Entscheidung über und ggf. Priorisierung einer/s Direktkandidatin/en für den Listenvorschlag zur Landesliste
- 3.) Wahl der Vertreterinnen und Vertreter für die LandesvertreterInnenversammlung aus der kreisfreien Stadt Leipzig zur Aufstellung der Landeslisten für die Landtagswahl 2019

Sa. 19. Januar 2019, 9:00 Uhr,
Felsenkeller, Karl-Heine-Straße 32

Impressum

Herausgeberin:

DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: wir-machen-druck

regelmäßige Termine

Stadtvorstandssitzung

2. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

Beratung der Ortsvorsitzenden und SprecherInnen der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

Neumitgliedertreffen

letzter Freitag, 18:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Linksjugend Leipzig (Jugendverband)

jd. Donnerstag, 19:00 Uhr, linXXnet (Plenum)

DIE LINKE.SDS (Studierendenverband)

jd. Donnerstag, 19:00 Uhr, GWZ 4.116

AG Antifa (Web: agantifa.blogspot.de)

1. & 3. Mittwoch, 19:00 Uhr, linXXnet

AG Betrieb & Gewerkschaft

1. Mittwoch, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Cuba si

2. Dienstag, 17:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Europa

bisher unregelmäßige Treffen, auf Nachfrage

AG Frieden

2. Mittwoch, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Internationale Solidarität

2. Dienstag, 19:00 Uhr, INTERIM

AG Kunst & Kultur

3. Montag, 17:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG LISA - emanzipatorische Frauengruppe

4. Freitag, 15:00 Uhr, INTERIM

AG Ökologie der Linksjugend

1. Montag, 19:00 Uhr, linXXnet

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Stadtentwicklung

letzter Donnerst., 19:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Zukunft beim Stadtvorstand

3. Dienstag, 20:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Marxistisches Forum

4. Mittwoch, 18:00 Uhr, Friedrich-Ebert-Str. 77

Ökologische Plattform ADELE

1. Mittwoch, 19:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Redaktion: Kay Kamieth (V.i.S.d.P.), Steffi Deutschmann, Tilman Loos, Sören Pellmann.

Gestaltung: Tilman Loos

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 03.12., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.

Proteste und Politik vor und auf der Leinwand

Ruinen schaffen ...

... ohne Waffen! Mancher erinnert sich noch an diesen Ausspruch, den sich vor 30 Jahren auch in Leipzig die Leute zuraunten. Jahrzehnte später, anno 2018, im November, führte mich mein Weg durch den Stadtteil Volkmarshausdorf. Biegt man von der Dresdner Straße in die Wurzner Straße ab, kann man nur erahnen, was vor 100 Jahren Architekten an Geschmack und Stil in dortige Wohnhäuser investierten hatten. Heute stattdessen, graue ruinöse Fassaden, zugesprayte einst stilvolle Haustüren, zerschlagene Fenster bis in den zweiten Stock, hinter denen wohl niemand mehr wohnen möchte, zunehmend Geschäfte, deren Schaufenster nur noch auf einen unumkehrbaren Ladenschluss verweisen. Ganze Häuserzeilen trauern grau vor sich hin. Für diese Zustände ist das einstige, inzwischen untergegangene kleine Land, nicht mehr verantwortlich. Wer interessiert sich in der jetzigen „Boomtown“ dafür? Sie feiert, dass endlich das legendäre „Astoria“ am Bahnhof nach jahrelangem ruinösen Zustand und das Postgebäude prächtig herausgeputzt werden. Sicher schön für die City! Haben sich damit die Wohnungsruinen nicht nur in Volkmarshausdorf erledigt?

Fragt

Euer **Lipsius**



**Wissen ohne Gewissen
wird zur größten Gefahr
für die Menschen.**

Victor Frederic Weisskopf (1908 - 2002)

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel.: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Bankverbindung: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE60 8605 5592 1150 1148 40
BIC: WELA2333

Sprechzeiten: nach Vereinbarung (Tel. / Mail)

Redaktion: Ralf Fiebelkorn, Dr. Volker Külow (V.i.S.d.P.),
Daniel Merbitz

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 5. November 2018

Das diesjährige Dokumentarfilmfestival ist vorbei. Wie immer in seiner langen Geschichte gab es auch in diesen Novembertagen ab und an Aufregung und Diskussionen. Eine erinnerte mich an das Jahr 1993 als junge Leute Zuschauern und Journalisten lautstark den Besuch des Dokumentarfilms »Beruf Neonazi« verbieten wollten. Regisseur Winfried Bonengel porträtierte darin den Münchner Neonazi Ewald Althans. Die Protestierer an den Eingangstüren des Festivalkinos »Capitol« behaupteten, der »Dokumentarist wäre seinem Helden auf den Leim« gegangen. Eine fälschliche Annahme, wir konnten den Film anschauen, ohne Zwischenfälle, danach gab es kontroverse, spannende Diskussionen über Politik und die damalige NPD.

Beim Jahrgang 2018 kritisierte nun das Aktionsbündnis »Leipzig nimmt Platz« einen Film bereits im Vorfeld. In »Lord of the Toys« über den Youtuber Max Herzberg werde wiederholt »ein menschenverachtendes Weltbild« deutlich.

Die Netzwerker protestierten gegen die Einführung. Ja, Filmkunst ist und war streitbar, das wird und soll bitte so bleiben, immer in der unterschiedlichen Sicht der Betrachter: Die **Goldene Taube im Deutschen Wettbewerb langer Dokumentar- und Animationsfilm** ging an den kontrovers diskutierten »Lord of the Toys« von Pablo Ben Yakov. »Mit seinen präzisen Beobachtungen legt der Film eine Jugendkultur und deren erschreckende Sprache offen, die das Internet bewusst nutzt – mit weitreichenden Folgen in den Alltag«, formulierte die Jury. Ja, nicht nur ich wollte den Film sehen und erst danach ein Urteil bilden. Das war schon 1993 im »Fall Ewald Althans« so.

Längst ist das Festivalkino »Capitol« in der Petersstraße Geschichte und zur Immobile verkommen. Dort begann alles 1955 mit der ersten gesamtdeutschen Dokwoche. Vieles, fast alles, hat sich nunmehr in dieser immer noch brisanten Szene verändert. Neue Kinokomplexe entstanden ... auch auf dem legendären Leipziger Hauptbahnhof. Durch die große Leinwand fällt Mal auf, wie riesig die Osthalle eigentlich ist. Meist steuern ja die Besucher den Ausgang an, um den Bahnhof schnellstmöglich zu verlassen. Doch in der Festivalwoche galt die Aufmerksamkeit oft der Leinwand auf dem Querbahnsteig. Für viele war dies sicher auch der Moment, in dem sie das erste Mal mit dem berühmten Leipziger Filmfestival in Kontakt kamen

– ein gewünschter Effekt der öffentlichen Bahnhofsvorstellungen. Die mitunter unbequeme Atmosphäre, keine Sessel zum Kuseln und Knutschen, sorgte für intensives Sehen. Das passt zum Dokumentarfilm, die Zwischenrufe der Passanten sorgten für zusätzliche Spannung.

22 Preise wurden vergeben. Der Film »I Had a Dream« hat die **Goldene Taube im Internationalen Wettbewerb Langer Dokumentar- und Animationsfilm** gewonnen. In der Langzeitstudie über das letzte politische Jahrzehnt Italiens stellt Regisseurin Claudia Tosi mit ihren beiden Protagonistinnen die brutale Frage, ob Demokratie und Politik überhaupt noch am Leben sind.

Dr. Skadi Jennicke, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Kultur der Stadt Leipzig, betonte die Rolle von DOK Leipzig als vermittelnde, kulturelle Institution: »Das Festival bietet uns die Chance, in vielen Ländern genauer hinzusehen, deren Gegenwart und Vergangenheit zu erkunden und besser zu verstehen. Diese Einlassung auf komplexe Zusammenhänge und die Suche nach Wahrheiten sind heute wichtiger denn je. Dafür steht das Festival, das längst zu einer kulturellen Instanz der Stadt geworden ist, die international ausstrahlt.«

Der größte Geldgeber von DOK Leipzig ist die Stadt. Durch diese Unterstützung wird nicht nur Kunst und Kultur gefördert, sondern Leipzig als weltoffen und streitbar präsentiert. Auch Sachsen und die Kulturstiftung des Freistaates fördern DOK Leipzig maßgeblich. Zusätzlich zur Festivalförderung weist das Sächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst Mittel für Inklusionsangebote aus. Sie werden mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Landtags beschlossenen Haushaltes. Das ist durchaus erwähnenswert!

Michael Zock

DOX LEIPZIG

Dekonstruktion

Enrico Lübbe als Regisseur und Torsten Buß als Dramaturg sind bisher bei ihren Inszenierungen in Leipzig nie als Stückezertrümmerer aufgefallen. Diesen Part hatte Sebastian Hartmann als Amtsvorgänger von Enrico Lübbe zum Leidwesen des Stadttheaterpublikums inne. Jetzt hat sich das Leipziger Duo, manche sagen, es sei das neue Kollektiv Peymann und Beil, konzeptionell und inszenatorisch verannt. Und dies nicht bei einem zeitgenössischen Stück, wo meistens die Textqualität schon hanebüchen ist, wie zuletzt bei »Lebendfallen« (Regie: Thirza Bruncken) von Enis Maci, nein, jetzt wurde die Axt an die beiden Teile von Goethes »Faust« gelegt. Dabei wurde es höchste Zeit, die beiden Teile des wichtigsten deutschsprachigen Bühnenwerkes wieder zu zeigen, denn deren letzte gefeierte und Maßstäbe setzende Premiere fand unter der Regie von Wolfgang Engel im September 1999 auf der Großen Bühne, im Foyer und auf dem Johannisfriedhof in Leipzig statt. Sebastian Hartmann hat mit »Mein Faust« in der Spielzeit 2012/13 am Centraltheater, wie das Schauspielhaus unter seiner Ägide (der Begriff Ära wäre zu viel der Ehre), hieß, sein Unvermögen wiederholt bewiesen, mit Klassikern zu arbeiten. Nun also die Lesart des Jahres 2018: Ein Inszenierungsgebäude, welches auf eine Hauptsäule, nämlich auf den Mephisto, komplett verzichtet, kann nur zusammen stürzen. Und es ist natürlich krachend zusammengefallen. In den Trümmern begibt sich das Publikum mühsam nach Sinn-suche. Was soll das Geniale daran sein, einen Faust in bis zu fünffacher Ausführung auf die Bühne zu stellen und den Gegenpart, den Teufel, wegzulassen? Diese Dekonstruktion ist schlicht ein Irrweg. Nervend: Ein Osterspaziergang der in Einzelworte seziiert und gestottert wird, endlose Schlaufen, Faust am Rande einer Schulklasse sitzend, beide Hände auf die Oberschenkel, eingerahmt von der Kakophonie des Chores, eine ebenso ermüdende Wortfetzenorgie bei der Famulus-Szene, unmotivierter Rollen- und Textwechsel, der Chor als Riverdance-Verschnitt, ein mißglücktes Satyrspiel mit der Göchhausen, dem Eckermann und dem Dichterfürsten, pseudo-moderne Geschlechterrollenwechsel. Gelungen: die von Schauspielern geführten Handpuppen. Dann wird Sekt für das Publikum gereicht... Witzig das Einspielfilmchen: Goethe in der Nationalbibliothek, in den endlosen Regalgängen zur Sekundärliteratur. Gründlich wurde schon gearbeitet: Goethe-Liebhaber erkennen in der Walpurgisszene die derben und von Goethe nicht verwendeten Texte der Paralipomena wieder. Hübsch auch die Bühne, wenn von oben ein Erdgeist-Farbenspiel



Foto: Rolf Arnold/Schauspiel Leipzig

Weitere Fotos in unserem Onlinemagazin auf www.leipzigs-neue.de

erscheint in Computerspielästhetik der 1980er Jahre. Ansonsten ist auch die Lichtregie ein Problem, schlechte Sichtverhältnisse, besonders nach der Pause beim Bühnenteil eines sehr eingedampften »Faust II«. Da helfen auch die drei Thementouren nicht wirklich weiter, wobei der akustische Stadtrundgang (»Die Erfindung des Reichtums«) zum Alten Rathaus und dem dortigen Aktionärgewusel durchaus unterhaltsam und das staatstragende »Expertengespräch« zwischen dem Oberbürgermeister und einem Wirtschaftshistoriker peinlich bis zum Fremdschämen war. Enrico Lübbe und Torsten Buß, zu Wolfgang Engels Zeiten bereits am Schauspiel Leipzig, ehe sie in andere Theaterwelten aufgebrochen sind, um wieder in die Messestadt zurückzukehren, kennen die starke Inszenierung des damaligen Intendanten sehr gut. Wollten sie sich von dem großen Lehrmeister eines aufgeklärten Stadttheaters absetzen? Alles anders machen als nach der Engelschen Erfolgsformel aus Werktreue, Opulenz, Glamour, Verbitterung, Entmutigung, Humor, Tragödie und Satyrspiel? So wie Wolfgang Engel in seinem Dresdner »Faust I und II« 1990 noch mit Faust-Mephisto-Rollenwechsel und Gretchen im Plattenbau experimentierte, ehe in den folgenden neun Jahren eine Reifung des Konzepts erfolgte bis zur legendären Leipziger Premiere 1999 (damals dabei: Matthias Hummitzsch, Johann von Bülow, Peter Kurth und Lisa Martinek), so hat auch das Duo Lübbe/Buß ein Recht auf Experiment und Emanzipation von großen Lehrmeistern. Für heute gilt allerdings vorerst: Diese »Faust I und II« – Inszenierung hat sich von Werktreue, Verständlichkeit, Ernst und Witz weitgehend verabschiedet. Oder positiv formuliert: Dieser »Faust« entzieht sich den gängigen Zuschreibungen als Faust-, Mephisto- oder Gretchenstück. Aber vielleicht ist es

auch der Zeitgeist in smartphonegepeitschter Aufregung dieser Welt, die Stückelung der Aufmerksamkeit, die nachlassende Fähigkeit des zusammenhängenden Sehens, den Faust-Stoff so zu reflektieren? Von dem deutlich unter Niveau spielenden Ensemble (Ausnahme: Denis Petkovic) mal ganz abgesehen.

Daniel Merbitz

Swing, Lipsi & Punk

Was ist für Sie Popmusik? Jeder von uns hört jeden Tag Musik, ob bewusst oder unterbewusst. Im Autoradio, im Supermarkt, als Handyklingelton. »Oh Yeah! Popmusik in Deutschland« – die neue Ausstellung im Haus Böttchergäßchen des Stadtgeschichtlichen Museums in Leipzig fragt bis zum 15. Mai 2019, wie sich Popmusik und gesellschaftliches Leben wechselseitig beeinflussten. Man muss Zeit und Offenheit mitbringen für diese Ausstellung. Es ist eine Reise in die Vergangenheit. Nichts für schnell, schnell und weiter, denn acht Stunden Musik sind zu hören. Man kann Subkulturen wie Punk und Co. für sich entdecken. Es steckt viel Energie und Fleiß dahinter und es war schwer an die Künstler heranzukommen, um die Exponate heranzuschaffen. Wenn man einen Originalhut von Udo Lindenberg sehen möchten, dann ab ins Museum, vielleicht hatte er ihn auf, während der Fahrt im Sonderzug nach Pankow... Es ist eine generationsübergreifende Ausstellung. Wenn man einen umfassenden Überblick über die Popgeschichte sehen und hören möchte, dann ist diese Ausstellung uneingeschränkt zu empfehlen.

Lavinia Hudson